



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Probleme erkennen –
Chancen nutzen –
Ziele erreichen

Berufliche Bildung ist immer
Menschenbildung

Schulentwicklung braucht
Mitbestimmung

Projekt zur Integration

Bayerische Aufbauhilfe in
Mosambik

Entwicklungen und
Perspektiven des
Versorgungsrechtes



*Ausbildung ist Menschenbildung:
**Weichen stellen –
Zukunftsperspektiven eröffnen***

HERAUSGEBER
Hans Käfler, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION
Hans Preißl
Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
Telefax: 0 180 - 50 60 33 76 44 95
E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 66 14 15
Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG
Andrea Götzke
Telefon: 0 89 - 59 52 70
Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG
signum3 oHG
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK
Böhler Verlag GmbH
Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
Telefon: 09 31 - 6 34 31
Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS
„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG
Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT
Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE
Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-
dere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS
für Heft 11: 08. 10. 2007
für Heft 12: 05. 11. 2007
für Heft 01: 03. 12. 2007

ISSN 0942 – 6930

Themen des Tages

3 Wolfgang Lambl: Probleme erkennen – Chancen nutzen – Ziele erreichen

Bildungspolitik

4 Hans Preißl: Berufliche Bildung ist immer Menschenbildung
9 Thesenpapier: AUS-Bildung oder Menschenbildung
11 Hans Preißl: Schulentwicklung braucht Mitbestimmung
15 Hans Preißl: Die Struktur des Berufsbildungssystems wirksam verbessern
17 Positionspapier Arge Alp: Tendenzen der beruflichen Bildung
18 Josef Kraus: Deutschlandweites Zentralabitur ist ein Irrweg
19 Berthold Schuler: Eine erstaunliche – nichtsdestotrotz erfreuliche – Metamorphose

Lehrerbildung

20 Dr. Wilfried Franz: 40 Jahre Staatlicher Vorbereitungsdienst in Bayern

FOS/BOS

11 Michael M. Birner: Effektive Lobbyarbeit

Die Lehrerseite

26 Peter Thiel: Lernschwierigkeiten nicht nur als Bildungsproblem betrachten

Pädagogik und Unterricht

28 Sabine Dietlmeier: Projekt zur Integration

Schulentwicklung

31 Sebastian Schaar: MODUS-Funke entzündet Schule
32 Peter Lehnfeld: Bayerische Aufbauhilfe in Mosambik

Aus dem Verbandsleben

Landesverband

34 Alexander Liebel: Aktuelles aus dem GV
36 Programm der kaufmännisch-verwaltenden Fachtagung

Bezirkasverbände

37 BV Oberfranken; BV Oberpfalz; BV Unterfranken

Senioren

39 Berthold Schuler: Entwicklungen und Perspektiven des Versorgungsrechtes
41 Berthold Schramm: Oberfränkisches Pensionistentreffen

Personalien

41 **Letzte Seite**
44 abl-Pressemitteilung

Titelfoto: Ablestock

Probleme erkennen – Chancen nutzen – Ziele erreichen

WOLFGANG LAMBL

Die Urlaubstage sind vorbei. Der Akku ist aufgeladen. Vergessen sind die strapaziösen Wochen zum Schuljahresende, verblasst die Situationen, in denen so manche Nerven „blank lagen“. Wir Lehrenden und Lehrer sind wieder voller Optimismus und Tatendrang. Aber wie lange wird das vorhalten? Nicht erst seit der „Potsdamer Studie“ wissen wir, dass wegen der krankmachenden Arbeitsbelastung mehr als der Hälfte der Lehrkräfte eine Dienstunfähigkeit drohen kann. Die mehrmalige Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit und die vielfältigen außerunterrichtlichen dienstlichen Aufgaben ergeben zusammen mit teilweise überzogenen Erwartungshaltungen eine Mixtur, welche die Kräfte schnell aufzehrt.

Wichtiger denn je sind deshalb gesundheitsförderliches Verhalten jedes Einzelnen und die Fürsorgepflicht des Dienstherrn. Eine Absenkung der Unterrichtspflichtzeit und damit eine Verringerung der Gesamtbelastung sind dringend geboten. Unabdingbar ist die Umsetzung der EU-Arbeitsplatzrichtlinie auch für den schulischen Arbeitsplatz!

Lehrerversorgung – Droht ein Desaster?

Als einzige Schulart beklagen die beruflichen Schulen einen Ausfall von Pflichtunterricht. Deshalb trieb die Pressemeldung, wonach die Neueinstellung von 600 Lehrern hauptsächlich die Klassenstärken an Realschulen und Gymnasien verringern soll, den Kolleginnen und Kollegen an beruflichen Schulen die Zornesröte ins Gesicht.

Allein an Fach- und Berufsoberschulen fallen Woche für Woche mehr als 700 Stunden Pflichtunterricht aus, obwohl trotz sehr heterogener Gruppen in übergroßen Klassen unterrichtet wird.

Erforderliche Gruppenteilungen im fachpraktischen Unterricht können nicht vollzogen werden, da zum einen

die Planstellen nicht in ausreichendem Maße bereitgestellt werden und zum anderen viele Bewerber nicht mehr bereit sind, sich unter den schwierigen Arbeitsbedingungen für ein Lehramt an beruflichen Schulen zu entscheiden. Auch die Perspektive auf einen befristeten Jahresvertrag mit der Entgeltgruppe E13 Stufe 1 kann niemanden echt begeistern. Nicht einmal nach entbehrungsreichem Studium und einem Referendariat mit Anwärterbezügen, die niedriger sind als die Ausbildungsvergütung eines Maurerlehrlings im 3. Ausbildungsjahr.

Unser Lehramt lebt von der Mundpropaganda. Jede auf Planstelle eingestellte Lehrkraft, die an beruflichen Schulen durch „gesunde“ Arbeitsbedingungen eine qualitativ hochwertige Lehrtätigkeit ausführen kann, ist die „beste Werbung“!

Die konkrete Einstellungssituation

Obwohl fast alle Bewerber eingestellt wurden, konnten besonders in den Fachrichtungen Metall- und Elektrotechnik bei weitem nicht alle Stellen besetzt werden. Selbst Bewerber, die die Staatsnote von 3,5 gerade noch erreicht hatten, wurden in den Mangelfächern genommen. Lediglich einige Lehrkräfte der Fachrichtungen Sozialpädagogik und Bautechnik fanden auf Grund fehlender Einsatzmöglichkeiten keine Stelle im staatlichen Schuldienst. Die Zahl der Planstellen wurde durch die verpflichtende „Überführung“ der vor zwei Jahren auf Suptervertrag eingestellten Lehrkräfte drastisch reduziert.

„Kreative“ Angebote

Deshalb wird mit allen möglichen Angeboten versucht zusätzliche Lehrressourcen zu erschließen:

- **Freiwilliges Arbeitszeitkonto**
Nach einem einschlägigen Landtagsbeschluss hat das KM Folgendes festgelegt: Ab dem Schuljahr 2007/2008 wird auf Antrag al-

len vollbeschäftigten Lehrkräften im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit an allen staatlichen Schulen aller Schularten eine ungleichmäßige Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit (Arbeitszeitkonto auf freiwilliger Basis) ermöglicht.

- **Hinausschieben des Ruhestandes**
„Der Ruhestand eines Beamten kann auf Antrag um zunächst ein Jahr, maximal jedoch um bis zu drei Jahre hinausgeschoben werden. Für Lehrkräfte des höheren Dienstes, die ab dem kommenden Schuljahr über den gesetzlichen Ruhestand hinaus tätig sein werden, können künftig 5 statt bisher 3 Stunden Altersermäßigung gewährt werden.“

Nach unserer Einschätzung werden die Angebote nur in Ausnahmefällen beantragt werden (können) – die Gründe sind ausreichend ausgeführt. Wir brauchen nicht noch mehr Unterrichtsstunden oder noch längere Lebensarbeitszeiten, wir brauchen zusätzliche, junge, engagierte Lehrerinnen und Lehrer!

Wie ist dies aus der Sicht des VLB zu erreichen?

Die Wertschätzung der pädagogischen Arbeit und eigenverantwortliches Handeln fördern Arbeitszufriedenheit, erhalten die Lehrergesundheit und führen letztlich zu einer hohen Unterrichtsqualität.

Die Sicherheit des Arbeitsplatzes bei leistungsgerechter Bezahlung gewährleistet bei hoher Motivation eine verstärkte Innovationsbereitschaft.

Die Professionalisierung der wissenschaftlichen Lehrerbildung und der praxisorientierten Fachlehrerausbildung, sowie kontinuierliche Lehrerfort- und -weiterbildung sind für den Einsatz der Lehrer an allen beruflichen Schulen unabdingbar.

Ihr VLB wird für die Realisierung dieser Ziele auf allen Ebenen arbeiten. Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich zusammen mit der Akzente-Redaktion einen guten Start in das neue Schuljahr sowie Gesundheit und Erfolg in Ihrer verantwortungsvollen und herausfordernden Bildungs- und Erziehungsarbeit.

Fachtagung Religion:

Berufliche Bildung ist immer Menschenbildung

HANS PREISL

„Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden.“

So forderte es der Artikel 131 der Bayerischen Verfassung. Die Verfassungsgeber formulierten dieses Postulat in einer Zeit, in der noch ein Wertekodex existiert hat, den es zu vermitteln galt. Wenn solche Werte nicht mehr vorausgesetzt werden

ding richtete sich eine Veranstaltung, die von der Fachgruppe Religion des VLB in München ausgerichtet wurde. „Ausbildung oder Menschenbildung – Wollen wir Religionsunterricht an beruflichen Schulen?“ Unter diesem Tagungsmotto sollten Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Kirche Stellung beziehen, wie sie es denn halten mit dem ganzheitlichen Bildungsverständnis der bayerischen Verfassung.



„Elefantentreffen“: Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Kirche sitzen nicht nur an einem Tisch, sondern ziehen auch an einem Strang.

können, stellt sich unweigerlich die Frage, was Religion an öffentlichen Schulen zu suchen hat. Und in der Tat treffen wir auf die weit verbreitete Meinung, Religionsunterricht habe an der Schule nichts zu suchen, weil Religion Privatsache sei. Wenn Religionsunterricht aber zur Privatsache wird, müssen wir uns des Risikos bewusst sein. Der Staat nimmt dann die Gefahr in Kauf, dass er seinen Einfluss auf die Vermittlung von Werten verliert. Dann überlässt er das Spielfeld anderen. Auch jenen, die den Menschen reduzieren wollen auf seine ökonomische Verwertbarkeit. Gegen diese eindimensional instrumentalisierende Sichtweise von Bil-

Bergsonstraße: Er-Lebensraum Schule

Der Veranstaltungsort war sehr bewusst gewählt. Die Fachtagung fand statt an einer Schule, die einen ganzheitlichen Bildungsansatz als Leitbild verankert hat und bewusst lebt. An der Berufsschule für Elektro- und IT-Berufe an der Bergsonstraße in München genießen die allgemeinbildenden Fächer den gleichen Stellenwert wie fachspezifische Ausbildungsinhalte. In diesem Bildungskonzept ist der Religionsunterricht integraler Bestandteil. Diese besondere Stellung des RU ist an der Schule spür- und sichtbar. „Geist braucht Raum“, weiß der Leiter dieser besonderen Schule, Konrad



Ein Publikum, das konzentriert zuhört ...

Lechner. Und er meint das durchaus konkret. Er hat die Vision, für Religion Räume zu schaffen, konsequent umgesetzt. Viel Herzblut und Kreativität haben die Verantwortlichen in die Konzeption von Räumen gesteckt, in denen Schüler Mensch und Welt mit Kopf, Herz und Hand begreifen können. Interessierten sei empfohlen, sich das anzuschauen, beschreiben kann man es nicht. In diesem Lebensraum Schule sollen „Idee und Geist weiterleben“. Die Idee etwa, dass das gemeinschaftliche Übernehmen von Verantwortung und die Entwicklung von Persönlichkeiten, die Menschen in gegenseitigem Respekt zusammenführen, den Anforderungen einer zeitgemäßen Berufspädagogik entspricht. In diesem Sinn ist für Konrad Lechner getreu dem Veranstaltungsmotto berufliche Bildung immer Menschenbildung.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dann ist er am 07.07.07 erbracht worden: Man muss kein detailversessener Perfektionist sein, um ei-



... und engagiert mitdiskutiert.

ne dermaßen gelungene und nachhaltig wirkende Veranstaltung auf die Beine stellen, wie es der intuitive Organisator Dr. Michael Persie geschafft hat. Der sonst nach außen eher still sich gebende Chef der VLB-Fachgruppe Religion hat mit seiner Großveranstaltung wahrlich Marken gesetzt. Nicht nur, dass es ihm gelungen war, hochkarätige Vertreter aus Kir-

che, Wirtschaft, Schule und Staat gemeinsam ans Podium zu holen. Mit seiner klug durchdachten Veranstaltungsregie brachte er es hin, dass sich die Teilnehmer der „Elefantenrunde“ nicht mit wohlmeinenden, aber unverbindlichen Statements aus der Affäre ziehen könnten. Er hatte eine clevere Moderatorin gewonnen, die sich nicht Christiansen-like bei den Podi-



Konrad Lechner, Leiter der BS für Elektro- und IT-Berufe, heißt die Teilnehmer in seinem „Lebensraum Schule“ willkommen.



Dr. Michael Persie, der Leiter der Fachgruppe Religion, freut sich über den guten Zuspruch, den seine Fachtagung gefunden hat.

umsteilnehmern anbot, sondern mit bohrenden Impulsen erstaunlich offene und verwertbare Aussagen entlockte.

Da wollte es sich zum Erstaunen vieler Teilnehmer auch der Staatssekretär nicht nehmen lassen, glaubhaft zuzusichern, dass er dem Finanzminister die nötigen Mittel abringen werde, um die alarmierende Ausfallquote beim Religionsunterricht zu verringern. Und selbst der taffe Jungfunktionär eines mächtigen Wirtschaftsverbandes, von seinem Naturell und Habitus her eher der Typ pragmatischer Agnostiker, legte sein Skript



Konsens im Grundsatz: Für Dr. Prechtl ist ein Wertegerüst zum Funktionieren der Gesellschaft notwendig. Hans Käfler (links) sieht die Religionslehrer als Vermittler von Lebenskompetenz.



Deutliche Kritik: Franz Maget und Prälater Erich Pfnzelt (rechts) bedauern die hohe Ausfallquote beim Religionsunterricht. Souveräne Moderation Andrea Kamhuber (links).



Plädoyers gegen eine vereinseitigende Ausrichtung beruflicher Bildung. Prof. Andreas Schelten und für mehr finanzielle Mittel Staatssekretär Karl Freller.

Der Lehrer muss eine Persönlichkeit sein, um Persönlichkeitsbildung zu betreiben

Die Redaktionsleiterin hält RU deshalb für unverzichtbar, weil Jugendliche in einer schwierigen Phase mit existenziellen Fragen nicht allein gelassen werden dürften. Die Persönlichkeitsbildung brauche eine Ziel, um das Leben zu orientieren an Werten, die die Gesellschaft einen. Dabei gelte es die Herausforderung zu bewältigen Leistung und Solidarität produktiv zu verbinden.

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Franz Maget bekannte sich ohne Wenn und Aber zum Religionsunterricht. Dieses Bekenntnis verband er mit einem kritischen Fingerzeig auf den massenhaften Ausfall von Religionsunterricht an beruflichen Schulen. Deshalb forderte er: „Wenn wir zum Religionsunterricht stehen, muss er auch stattfinden.“ Er wies auf das Missverhältnis hin, dass in den großen Städten wie München oder Nürnberg praktisch kein Religionsunterricht ausfällt, im übrigen ländlichen Bayern aber sehr wohl. Deshalb wollte er sich einen Seitenhieb auf die C-Partei nicht verwehren: „Wenn die Sozialdemokraten in der Stadt den Religionsunterricht garantieren können, muss es doch christlich sozialen Politikern auf dem Land auch möglich sein.“ Den hohen Anteil von muslimischen Schülern an der gastgebenden Schule nahm Maget zum Anlass, Fragen zur Organisation von Religionsunterricht zu stellen. „Wollen wir einen integrativen Unterricht oder wollen wir die Trennung von katholischer, evangelischer, islamischer Religion und Ethik?“ Bei der Debatte um einen islamischen Religionsunterricht stellten sich bisher noch ungeklärte weitere Fragen. Dem deutschen Staat fehle auf Seiten der Muslime ein anerkannter Ansprechpartner, um die Unterrichtsinhalte festzulegen oder Zuständigkeiten für die Lehrerbildung zu klären. Maget schloss sein Statement mit einem nicht bloß rational begründeten Bekenntnis zum Religionsunterricht: „Ich will keine jungen Menschen, die nicht durch diese Ausbildung gegangen sind.“

Gegen eine vereinseitigende Ausrichtung von Bildung

Andreas Schelten, Professor für Pädagogik an der Technischen Universität München stellte den Religionsunterricht in den Kontext der allgemeinbildenden Fächer und wies ihm dort die Funktion der Kompensation zu. Er beuge einer „vereinseitigenden Ausrichtung auf eine technisch-gewerbliche oder kaufmännische Bildung“ vor. Den pädagogischen Auftrag des RU leitet Prof. Schelten aus dem Art. 131 der bayerischen Verfassung ab. Dessen oberste Bildungsziele verfolge er, indem er aufzeige dass

- Religion Sinnerfüllung für das Leben stiften kann,
- wegen seiner religiösen Anschauung niemand benachteiligt oder bevorzugt werden darf,
- die Orientierung an überlieferten Maßstäben Werte erschließt,
- man Gut und Böse unterscheiden lernt

Wenn Erziehung ethische Aspekte berührt, flüchten Pädagogen gern in die Philosophie. So auch Prof. Schelten. Die Begründung der Wichtigkeit der moralischen Bildung überließ er Immanuel Kant. Unter Berufung auf dessen Fragment „Über Pädagogik“ formulierte er sein Bekenntnis: „Wer den Religionsunterricht an beruflichen Schulen in Frage stellt, trägt dazu bei, die Stufe der Moralisation aufzugeben und allein auf die Stufen der Disziplinierung, Kultivierung und Zivilisierung zurückzufallen.“

Junge Menschen brauchen ein Wertegerüst

Christof Prechtl, der Geschäftsführer der Abteilung Bildung der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft, verdeutlichte den Stellenwert, den der Religionsunterricht aus der Perspektive der Wirtschaft hat. Seine Notwendigkeit stütze er auf die Wertedebatte. „Ohne Werteeziehung gibt es kein Funktionieren der Gesellschaft.“ Junge Menschen bräuchten das Wertegerüst einer Gesellschaft, um eigene soziale Kompetenzen aufbauen zu können, sagte Prechtl. Offen ließ er allerdings, von welchen Bausteinen das Wertegerüst aus der Sicht der Wirtschaft getragen sein soll. Natürlich

Klaus Buhl will keine Engführung eines Bildungsbegriffs, der ästhetische und religiöse Bildung ausklammert.



Organisatoren: von links: Dr. Michael Persie, Thomas Gottfried, Dr. Ferdinand Herget und Heinrich Wannisch vom VKRG.



Schon nach wenigen Takten sprang „Die Freude am Leben“ der „Rolligang“ auf die Teilnehmer über.



mit wohlfeilen diplomatischen Lippenbekenntnissen zur Seite und bekannte sich erstaunlich offen und ehrlich zu Wert und Bedeutung von Religionsunterricht an beruflichen Schulen.

Der Fachgruppenvorsitzende erwies sich auch als routinierter Netzwerker, der eine ganze Reihe von Organisationen und Institutionen zu einem schlagkräftigen Bündnis ins Boot holte. Er hatte das Erzbischöfliche Ordinariat München, die katholischen und evangelischen Religi-

onspädagogischen Zentren in München und Heilsbrunn, und den Verband katholischer Religionslehrer/innen und Gemeindeferenten/innen (VKRG) als Mitveranstalter des Großereignisses gewinnen können. Und so durfte er zur Fachtagung gut 150 interessierte und diskussionsfreudige Teilnehmer begrüßen. Andrea Kamhuber, Leiterin der Redaktion Kirche und Welt des Bayerischen Fernsehens moderierte die Podiumsveranstaltung mit dramaturgischem Geschick.

ließ es sich Prechtl nicht nehmen, ein wenig zu polemisieren in Bezug auf die Qualität der Lehrerbildung und die Aktualität der Lerninhalte. Wohl wissend, dass keine Zeit verblieb zu dem Thema auch wirklich konstruktiv die Klängen zu kreuzen, verzichtete er auf Konkretionen und zählte auf den „Klebeffekt“ der Pauschalattacke.

Erschreckender Ausfall von Religionsunterricht

Der Leiter des Katholischen Schulkommissariats in Bayern, Prälater Erich

Pfnzelt wartete hingegen mit sehr konkreten Fakten auf. Diese waren allerdings nicht sehr schmeichelhaft für einen Freistaat, der sich in der Verfassung so gerne auf Gott beruft. Der akute Lehrermangel an beruflichen Schulen hat dazu geführt, dass etwa 20 Prozent der Unterrichtsstunden im allgemeinbildenden Bereich (Deutsch, Religion, Sozialkunde) ausfallen müssen. Damit sind die beruflichen Schulen die einzige Schulart bei der Pflichtunterricht ausfällt. Besonders stark betroffen ist der Re-

ligionsunterricht. Sein Anteil an den Ausfallstunden des allgemeinbildenden Bereichs beträgt 40 Prozent. Da ergibt sich also eine höchst paradoxe Situation: Alle sind sich einig über den Wert des Religionsunterrichts, aber es fehlen Mittel und Lehrer um ihn auch nur annähernd flächendeckend anbieten zu können. Pflanzelt betrieb auch Ursachenforschung. Das enge Lehrerbudget führt dazu, dass die Schulen zuerst den fachlichen Unterricht abdecken. Das hat zur Folge, dass die „Soft-Fächer“ auf der Strecke bleiben. Ein zweiter Grund liegt darin, dass der Topf für nebenberufliche Lehrkräfte nicht ausreicht, um Religionslehrer auf Stundenbasis zu beschäftigen.

Ein Masterplan soll den Stundenausfall reduzieren und die Unterrichtsqualität erhöhen

Pflanzelt will dem gravierenden Stundenausfall mit einem Masterplan begegnen. Seine beiden Mitarbeiter Thomas Gottfried, Leiter der Abteilung 2 des erzbischöflichen Schulreferats und Dr. Ferdinand Herget, wissenschaftlicher Referent am religionspädagogischen Zentrum haben dieses Strategiepapier erarbeitet und wollen erreichen, dass alle Kräfte an einem Strang ziehen: Kirche, Kultusministerium, Bayerischer Landtag und Wirtschaft.

Damit es das Kultusministerium leichter hat, die Unterrichtsversorgung sicherzustellen, sollten Lehrkräfte, die im Zweitfach als Religionslehrer ausgebildet sind, auch in diesem Fach eingesetzt werden. Zu oft unterrichten sie nämlich ausschließlich das Erstfach. Die Stellung der Fachgruppe der Religionslehrer an beruflichen Schulen könnte dadurch gestärkt werden, dass beispielsweise Fachbetreuerstellen geschaffen werden. Außerdem wünscht sich Pflanzelt, dass Diplomtheologen (wie es früher schon einmal Praxis war) durch den Erwerb von Zusatzqualifikationen in die Lehrberufslaufbahn übernommen werden.

An den bayerischen Landtag richtet sich der Appell, die Zahl der Planstellen dem tatsächlichen Bedarf anzupassen und die Haushaltsmittel für nebenberufliche Lehrkräfte erhöhen. Prälat Pflanzelt will sich als Leiter

des Schulkommissariats dafür stark machen, dass auch Allianzen mit der Wirtschaft geschlossen werden. Es gelte das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass Religionsunterricht etwas Wertvolles und Lebensnotwendiges vermittelt. Auch eine technologisch orientierte Gesellschaft kann es sich nicht leisten, Verfügungswissen nicht durch Orientierungswissen als Ordnungs- und Einordnungsfähigkeit zu ergänzen. Damit junge Menschen Lebenskompetenz erlangen, ist es für Pflanzelt deshalb notwendig, dass Fächer, die Orientierungswissen vermitteln gleichrangig behandelt werden. Kooperationsmöglichkeiten sieht der Masterplan auch zwischen dem Bildungswerk der bayerischen Wirtschaft, den RPZs und den Universitäten. So könne z. B. bei Fragen des interkulturellen und interreligiösen Lernens inhaltlich zusammengearbeitet werden. Natürlich ist auch die katholische Kirche selbst gefordert.

Deshalb will das Schulkommissariat die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Schulqualität von beruflichen Schulen durch den Religionsunterricht, die Schulpastoral und außerschulische Jugendarbeit fokussieren. Auch soll die Werbung für das Studium des Zweifaches Katholische Religion massiv ausgebaut werden.

Mehr finanzielle Mittel für Religionsunterricht

Der Staatssekretär im Bayerischen Kultusministerium, Karl Freller räumte ein, dass es im Freistaat zu viel Unterrichtsausfall gebe. Er wies dabei auf die finanziellen Schwierigkeiten hin, vor denen sein Haus steht, wenn es um die Gewinnung von ausreichend Personal geht. Dass die Ausbildung der Religionspädagogen in der Preysinstraße eingestellt worden sei, zeige, dass die Kirchen die gleichen Probleme haben, die auch der Staat hat. Trotzdem stand auch Frellers Bekenntnis zum Religionsunterricht. Und er machte auch Zusicherungen, die optimistisch stimmen:

- er will sich dafür einsetzen, dass mehr finanzielle Mittel für den Religionsunterricht an beruflichen Schulen bereitgestellt werden;

- er wird dafür eintreten, dass für Diplomtheologen die Möglichkeit geschaffen wird, eine weitere Qualifikation zu erwerben.

Klaus Buhl, der Direktor des Religionspädagogischen Zentrums in Heilsbronn, sieht den Stellenwert des Fachs abhängig davon, wie die Integration der Religionslehrer in die Schulgemeinschaft gelingt. „Der Religionsunterricht lebt von der Einbindung in das Kollegium.“ In der Vermittlung von Lebenskompetenz bestehe ein enger Zusammenhang zum Fach Religion. Er warnte vor einer Engführung des Bildungsbegriffs, die ästhetische oder religiöse Bildung ausklammere. Die Kirche engagiere sich sowohl durch das Angebot an Fortbildungsmöglichkeiten als auch das Bereitstellen von ansprechendem Material für einen attraktiven Unterricht.

Religionslehrer vermitteln Lebenskompetenz

Der VLB-Landesvorsitzende Hans Käfler sieht den Grund für den Ausfall von Religionsunterricht darin, „dass wir insgesamt zu wenig Lehrkräfte haben.“ Deshalb gebe es einen strukturellen Unterrichtsausfall, der auch den fachlichen Unterricht betreffe. Dort würde er allerdings oft dadurch kaschiert, dass pädagogisch sinnvolle Gruppenbildungen nicht vorgenommen werden. Käfler lobte die engagierte Arbeit der Religionslehrer. Sie würden Werte nicht nur vermitteln, sondern auch vorleben. „Sie indoktrinieren nicht, sondern beraten.“ Es würden nicht Katechismusformeln verkündet, sondern Lebenskompetenz vermittelt.

Die Debatte um die Ausbildungsreife zeige, für wie wichtig gerade personale Kompetenzen erachtet würden. „Fachunterricht allein bringt es nicht“, folgerte Käfler. Das sähen auch die Betriebe so.

Das Argument der klammen Haushalte wollte der VLB-Vorsitzende überhaupt nicht gelten lassen. Der politische Wille sei wichtiger als der Topf des Finanzministers. Und unter Verweis auf das Politbonmot „Zu wenig Geld haben wir immer schon gehabt“

forderte er vom Staatssekretär: „Sie sind beauftragt, die nötigen Ressourcen einzusetzen.“

Eine lebhaftige Debatte schloss sich den Stellungnahmen der Experten auf dem Podium an. Dabei wurde kritisiert, dass es trotz eindeutiger Datenlage nicht gelänge den Lehrerberuf zuverlässig zu prognostizieren und zu decken. Ein dringender Appell richtete sich an die Wirtschaft. Vor allem Großfirmen hätten durch extreme Leistungsverdichtung die Gewinne explosionsartig vermehrt. Als Dank dafür entlassen sie massenhaft Mitarbeiter. Ein besorgter Kollege brachte es auf den Punkt: „Solche wirtschaftlichen Prozesse zerstören Werte.“

Freude am Leben

Einen außerordentlich eindrucksvollen Beitrag zur Gestaltung der Fachtagung leistete die Musikgruppe „Rolligang“. Die Rolligang ist eine ganz besondere Gruppe: Die jungen Sängerrinnen und Sänger formierten sich an der Bayerischen Landesschule für Körperbehinderte in München zu einer Band. Ihr gelingt es schon nach wenigen Takten die Zuhörer mitzureißen. Selbst sonst eher nüchterne Polit- und Verbandsfunktionäre klatschten begeistert mit, als die Gruppe um „Motivator“ Andi loslegte. Und er Text eines mitreißenden Liedes – der entfloß der Feder von Religionslehrer René Vollmar – könnte auch programmatisches Motto für erfolgreichen Unterricht an beruflichen Schulen sein:

*Freude am Leben,
Was kann es Schöneres geben,
danach lasst uns streben
Du wirst gebraucht auf dieser Welt
In dieser Zeit
Dafür hast du dieses Leben
Du hast Bedeutung für die Menschheit
Fang an Dein Bestes zu geben
Dann fühlst du
Freude am Leben,
Was kann es Schöneres geben,
danach lasst uns streben*

Thesenpapier: „Wollen wir Religionsunterricht an beruflichen Schulen?“

AUS-Bildung oder Menschenbildung

Fakten

Die Bedeutung der allgemeinen Bildung ist im Zusammenhang mit der beruflichen Ausbildung stets in der Diskussion. Der Unterrichtsausfall im Fach Katholische Religionslehre an Berufsschulen beträgt 16,3 %, an FOS 20 % und an BOS sogar über 25 %. Der Anteil des Katholischen Religionsunterrichts an allen ausgefallenen Stunden des Pflichtunterrichts beträgt bei den beruflichen Schulen rund 30 %, ist also überproportional hoch. Es gibt BS und FOS ohne eine einzige gehaltene Religionsstunde, wie eine Umfrage Anfang 2007 – durchgeführt durch den VLB, ausgewertet durch das RPZ München – ergab. Bei einem Rücklauf von etwa 33 % der Fragebögen ergaben sich alleine ca. 600 ausgefallene Religionsstunden. Eine spezifische Befragung für den Evangelischen RU führt der VLB auf Wunsch des RPZ Heilsbronn gerne durch. Der VLB bedankt sich an dieser Stelle ganz herzlich für die größtenteils offene Zusammenarbeit. Es ist zu fragen, weshalb zum Beispiel in Unterfranken / Diözese Würzburg und in der Stadt München kaum / Erzdiözese München-Freisíng jedoch 40 % des RUs ausfallen. Ein echtes Nord-Süd-Gefälle.

Organisatorische Rahmenbedingungen.

Manche Schulleiter und Stundenplaner sind nicht böse darüber, wenn Religionsunterricht (wie Sport, Sozialkunde, Deutsch und Sprachen) kaum erteilt wird, weil Religionsunterricht, zumal in der Diaspora aufgrund der Gruppenbildungen und des konfessionellen Unterrichts nicht leicht zu organisieren ist. Oft sind Religionslehrer als Ein-Fach-Theologen, Religionspädagogen oder Pfarrer mit kirchlichem Gestellungsvertrag nebenberuflich und -amtlich an unterschied-

lichen Schulen und Schularten tätig und nur kompliziert einsetzbar. Die Verantwortlichen der Kirchen und der staatlichen Dienststellen sind aufgerufen, diesen organisatorischen Schwierigkeiten Rechnung zu tragen und die betroffenen Religionslehrer rücksichtsvoll einzusetzen.

Der VLB bedankt sich bei den Entscheidungsträgern, dass es gelungen ist, die Höhe der Pflichtstunden der Religionspädagogen deutlich zu reduzieren und acht (KMS VII.6-5S9402.1-7.43544 vom 23.05.2007) neue Planstellen an FOS/BOS mit Zweitfach Religion zu schaffen. 30 Wochenstunden Religionsunterricht waren einfach nicht mehr zu schaffen.

Gesellschaftliches Bewusstsein.

Der Religionsunterricht an beruflichen Schulen will Werte vermitteln, die die Grundlage unseres demokratischen und friedlichen Zusammenlebens darstellen. Es wirkt sich auf den Einzelnen und auf die Gesellschaft positiv aus, wenn junge Menschen eigene Wert- und Normmaßstäbe entwickeln, sich über andere Religionen, Weltanschauungen und Ideologien informieren. Sie lernen das Vertrauen in eine plurale, multireligiöse Gesellschaft, bauen Vorurteile ab und können sich für ein selbstbewusstes, tolerantes und reflektiertes Christentum entscheiden. Jedenfalls ist es klug, seinen eigenen kulturellen Hintergrund in Europa zumindest genau so gründlich kennen zu lernen wie andere Religionen und Weltanschauungen.

Menschenbildung durch Berufsbildung

Franz Oberthür und Georg Kerchensteiner als Urväter der beruflichen Bildung haben festgestellt: Über den Beruf und seine prägenden Kräfte

lässt sich das geistige Potential junger Menschen erschließen. Die Beruflichkeit hat einen ganz besonderen sozialen Bildungswert. Berufliche Bildung ist Teil der religiösen Bildung. Es gibt für Franz Obertür keine Trennung in einen beruflichen und privat-religiösen Bereich, was man heute so gerne postuliert, um sich bequem einer ganzheitlichen Lebensverantwortung zu entziehen. Das duale System galt bisher als internationaler Standortvorteil. Einen entscheidenden Anteil daran hat die berufliche Schule mit ihren fachspezifischen und allgemeinbildenden Kompetenzen.

Gustav Grüner sagt es so: Ausbildung muss in konzeptioneller Weise Menschenbildung und Berufsschule muss ganzheitlich angelegt sein.

Zeitgemäßer Religionsunterricht

Religionsunterricht muss in Umbruchzeiten den eigenen Standort neu bestimmen und seine Aufgaben klar umreißen. Wenn für Obertür die Ausbildung Teil der religiösen Bildung war und ihre Förderung dem Menschen Reifung und Entwicklung seiner Persönlichkeit ermöglichte, so gilt auch heute: religiöse Bildungsangebote sind als Teil der beruflichen Bildung zu einem unverzichtbaren und entscheidenden Faktor geworden, wenn das gewünschte Ausbildungsziel für junge Berufseinsteiger erreicht werden soll. Denn neben den fachlichen, berufsspezifischen Fertigkeiten wird immer mehr – gerade auch von den Betrieben – die verantwortliche, lebensstüchtige, selbstständige und weltoffene Persönlichkeit gefordert.

Der Religionsunterricht nimmt nicht alleine das Ausbildungsziel in den Blick. Es liegt die Gefahr nahe, den RU zu instrumentalisieren, wenn Betriebe und Arbeitgeber eine funktionale „Persönlichkeitsentwicklung“ und „Werteerziehung“ erwarten, die ihnen nützlich erscheint. Obertür sieht den Menschen in seiner Würde und Einzigartigkeit und strebt eine „Kultur des Herzens“ (Wolfgang Brezinka) an. Es geht ihm um die Sinnbestimmung des eigenen Lebens in der

menschlichen Gesellschaft. Zeitgemäßer Religionsunterricht nimmt die jungen Menschen ernst in ihrer Suche nach stabilen Beziehungen, dauerhaft gültigen Werten, nach tragfähigem Sinn. Insofern wird der Religionsunterricht in der Berufsschule ein grundsätzlich eigenständiges Fach bleiben müssen, in Kooperation mit den anderen Fächern.

Religionsunterricht produziert einen „Output“, der nachhaltig und langfristig, gar lebenslang angelegt ist. Er versteht sich als Sämannspädagogik, deren Früchte erst reifen müssen. Junge Menschen müssen Perspektiven längerfristiger Art für ihr Leben kennen lernen, die ihnen helfen, mitten in den Umwälzungen regionaler und globaler Art ihre Identität zu entwickeln und zu bewahren (Kardinal Lehmann / Festschrift für Franz Obertür-Würzburg 2006).

RU ist dreidimensional: in der Breite themenorientiert, in der Tiefe intensiv, und aus der Höhe entwickelt er seine (Vogel-) Perspektiven.

Zeitgemäße Religionslehrer

(Religions-)Lehrer sind glaubwürdig, wenn sie Werte vermitteln. Deshalb stehen das Halten von Unterricht, Unterrichtsvorbereitung, sowie Diagnostik und Beratung von Schülern im Vordergrund. Werte wollen als Vor-Bild vorgelebt und eingeübt werden. Erziehung bedeutet: Beziehung, auf Bedürfnisse der Heranwachsenden eingehen, Akzeptanz, Empathie, Echtheit, Interesse am Leben (der Schüler), die Situation verstehen, eigene Lebensbewältigung. Vor allem Religionslehrer müssen etwas dafür tun, für die Heranwachsenden glaubwürdige, echte, ehrliche und konsistente Vorbilder zu sein, wenn sie Einfluss auf die Wertentwicklung gewinnen wollen (Prof. Rainer Dollase in rabs, Religionsunterricht an berufsbildenden Schulen 1/2007, Seite 9).

Die jungen Menschen besuchen zu zwei Dritteln eines Jahrgangs das duale System, was die Verantwortung für diese Jugendlichen hervorhebt. Der Religionslehrer muss das Ohr und seine anderen Sinne am

Schüler haben: Er geht vom Schüler aus, nimmt ihn ernst, seine Sinn- und Zukunftsfragen, gerade auch bei den sozial Schwachen und den Arbeit Suchenden. Er sieht ihre Lebensprobleme, übt mit ihnen, bemüht sich präventiv gegen Gewalt, Sucht, er hilft bei der Schulentwicklung und in der Seelsorge. Kurzum: er wird gebraucht und ist gefragt.

Ein zeitgemäßer Kultusminister

Staatsminister Siegfried Schneider forderte vor Schülerzeitungsredakteuren im Kultusministerium die Förderung aller Talente, eine umfassende und ganzheitliche Bildung nach Art 131 BV und für jeden Heranwachsenden den Schulabschluss und die Ausbildungsreife. An Qualifikationen für die Grundbildung von Hauptschülern erwartete er zum Beispiel: Verbindlichkeit, Teamfähigkeit, Grüßen lernen. Er stellte fest: Bereits 43 % der Studienanfänger kommen nicht vom Gymnasium und 20 % demnächst über die Meisterprüfung. Dies alles bedeutet: Die beruflichen Schulen sind wichtig und die jungen Menschen, wie auch ihre (Religions-)Lehrer erst recht. Schneider fordert die Anerkennung des Lehrerberufs. Es gelte die Arbeit der Pädagogen für den ganzen Menschen, für Herz, Hand, Charakter, gesunde Ernährung, Bewegung, geistige Nahrung und Orientierung wertzuschätzen. Er fordert den Blick auf das Positive und Ermutigende. Für die Lehrerausbildung bedeutet dies: Vermittlung von mehr sozialer Kompetenz an der Universität und im Referendariat und Weiterbildung im Beruf auf dem Stundenplan.

Sein Bildungsziel: „Bin ich so gut, dass ich gefragt bin?“ Für die Lehrerbildung bedeutet dies: Werde ich als Lehrer so gut ausgebildet, dass ich gefragt und lebensstüchtig bin?

Zeitgemäße Forderungen

Aufgrund der sieben Punkte ergeben sich wichtige Forderungen des VLB für den Religionsunterricht und seine Lehrer:

Hauptforderung:

Wir brauchen ausgebildete und fähige Religionslehrerinnen und Religionslehrer!

1. Religionsunterricht benötigt kreative Räume, „fachspezifische Unterrichtsräume“ so wie an der wunderbaren Schule an der Bergsonstraße.
2. Die Religionslehrer müssen intensiv und zeitgemäß an Hochschulen ausgebildet werden: Erforderlich ist ein qualifiziertes und gebildetes Fachpersonal, das Beziehungen aufbauen kann.
3. Theologen müssen durch Zusatzprüfungen (Sozialkunde, Deutsch) das Höhere Lehramt an beruflichen Schulen erlangen können.
4. Lehrkräfte mit der Fakultas Religion müssen auf eigenen Wunsch im Fach Religion mit mindestens zwei Unterrichtsstunden eingesetzt werden.
5. Es müssen echte Fachbetreuerstellen Religion analog zu den anderen Fächern geschaffen und erhalten werden, die auch durch Ein-Fach-Theologen besetzt werden können. Dies geschieht aus der Verantwortung für den Religionsunterricht, für die Fachschaft und für die Religionslehrkräfte. Hier sind sicherlich intensive Gespräche der staatlichen, kommunalen und kirchlichen Experten notwendig, um eine koordinierte Lösung zu finden.
6. Der VLB fordert einen verantwortlichen Islamunterricht in deutscher Sprache unter staatlicher Aufsicht, wie er im Modell Erlangen erprobt wird, um den Schülerinnen und Schülern muslimischer Religion gerecht zu werden.
7. Nach Position des VLB soll es in Bayern wieder einen qualifizierten ausgebildeten Ethiklehrer mit Hochschulausbildung geben.
8. Für die Schulseelsorge und -pastoral sollen qualifiziertes Personal und ein bestimmtes Zeitmaß berücksichtigt werden. Hier hat die evangelische Kirche bisher ein Zeitkontingent zur Verfügung gestellt.

Unsere Hauptsorge gilt dem gut ausgebildeten Nachwuchs, den Kirchen, Universitäten und der Staat gegenüber den Heranwachsenden, der Gesellschaft und auch den Betrieben zu verantworten haben.

Die Rolle der Personalräte im Schulversuch PROFIL 21:

Schulentwicklung braucht Mitbestimmung

HANS PREISL

Entlässt Bayern seine Schulen aus der Abhängigkeit von administrativen Bürokratien oder sollen seine Bildungseinrichtungen unter dem Deckmantel von Gestaltungsfreiheit und Eigenständigkeit in eine Selbstausbeutungsmaschinerie getrieben werden? Zwischen diesen beiden Polen pendelten die Auffassungen der Personalvertreter von Modellversuchsschulen,

die sich am Projekt PROFIL 21 (Projekt Berufliche Schule in Eigenverantwortung im 21. Jh.) beteiligen. Der Schulversuch der Stiftung Bildungspakt Bayern und des Kultusministeriums, für den sich aus 53 Bewerbern 18 berufliche Schulen „qualifiziert“ haben, will neue Gestaltungsspielräume eröffnen. Flexibilität lautet das Zauberwort, mit dem Schulen in die Lage versetzt werden sollen, auf geänderte Anforderungen zeitnah zu rea-

gieren. Besonders berufliche Schulen sehen sich ja konfrontiert mit einem hohen Innovationstempo der Wirtschaftswelt. Nach dem Willen der Modellversuchsbetreiber soll diese Schulart die Rahmenbedingungen erhalten, um sich anpassen zu können an die neuen Anforderungen sowohl, was die Organisationsstrukturen, die technische Ausstattung als auch die Einführung neuer Lehr- und Lernmethoden betrifft. Dabei wird den Schulen sogar zugestanden, bestehende juristische Grenzen zu sprengen.

Neue Autonomie oder Selbstversklavung?

Dass den beruflichen Schulen zur Steigerung ihrer fachlichen und pädagogischen Leistungsfähigkeit jetzt plötzlich ungeahnte Freiräume zugestanden werden sollen, macht so manchen Personalvertreter durchaus skeptisch. Und ganz grundlos ist deren Skepsis nicht. Viele von ihnen haben lange und erfolglos gegen staatliche Gängelung im Bildungsbereich angekämpft und jetzt kann es plötzlich mit der Veränderung der schulorganisatorischen Rahmenbedingungen nicht schnell genug gehen. Sie vermuten, dass hinter diesem „Paradigmenwechsel“ nicht nur edle Motive stecken. Immer noch ist im Bildungsbereich trotz aller Sonntagsreden und Lippenbekenntnisse kein Ende der Zeiten öffentlichen Sparens absehbar. Allerdings sind die herkömmlichen Instrumente weitgehend ausgeschöpft. Der Aufgabenkatalog in der LDO ist dermaßen prall gefüllt worden, dass selbst lehrerkritische Kreise den Belastungsgipfel bereits überschritten sehen. Die Unterrichtspflichtzeit stößt mittlerweile an die Oberkante dessen, was das Arbeitszeitgesetz zulässt. Alle seriösen Studien zur Lehrergesundheit kommen zu dem Ergebnis, dass etwa zwei Drittel der Lehrkräfte zu gefährdeten Risikogruppen gehören. Deshalb warnen Skeptiker des Modellversuchs PROFIL 21 vor einem Etikettenschwindel. Unter positiv assoziierten Schildchen wie „Eigenverantwortung“, „Gestaltungsfreiheit“ oder „Handlungsspielraum“ sollen gutwillige „Pioniere“ motiviert werden, sich



Die Hauptpersonalräte Wolfgang Lambl und Horst Hackel (links) wollen das Projekt Profil 21 kritisch, aber konstruktiv begleiten.



Dr. Marko Hunger sichert zu: „Nichts soll von oben verordnet werden“.



Für die Personalvertreter steht fest: Reformprozesse können nicht gegen den Willen der Beschäftigten vorangetrieben werden von links Walter Faulhaber und Horst Hackel.

freiwillig weitere Lasten aufbürden zu lassen. Es gilt also noch eine gehörige Portion Misstrauen abzubauen, wenn die Politik die Schulen nach Jahrzehnten der Gängelung in die Freiheit entlassen will.

Fakten jenseits ideologischer Scheuklappen

Jenseits durchaus verhärteter konträrer Standpunkte kommt man an Fakten nicht vorbei. Die Autoren der OECD-Lehrerstudie machen die hierarchische Bildungsbürokratie dafür

verantwortlich, dass deutsche Schulen wenig effektiv, höchst unselbständig und relativ profillos agieren. In der Gängelung der deutschen Schulen sehen sie ein klares Indiz für die Reformresistenz des deutschen Bildungssystems. Alle internationalen Vergleichsstudien bestätigen diesen eindeutigen Befund. Die Schulen in Ländern, die bei den Bildungsvergleichen vorne liegen, sind bedeutend selbstständiger als bei uns. Deren größere Mitwirkungsmöglichkeiten und geringere Abhängigkeit von staatlicher Büro-

kratie begünstigen ein zufriedeneres Klima und bessere Leistungen.

Weil die deutschen Bildungs- und Kultusministerien den Blick gewagt haben zu den bei PISA und anderen Rankings erfolgreichen Staaten, erproben immer mehr Bundesländer in Deutschland die Selbstständigkeit von Schulen: Nordrhein-Westfalen mit Selbstständige Schulen, Baden Württemberg mit Operativ Eigenständige Schule oder Niedersachsen mit ProReKo haben ihre beruflichen Schulen schon vor Jahren auf den Weg in Richtung Autonomie geschickt. Bayern bildet mit PROFIL 21 den Nachzügler.

Personalräte stellen sich wirklichen Innovationen nicht entgegen

Im vergangenen Herbst war in Wildbad Kreuth der Startschuss für das ehrgeizige Vorhaben erfolgt. 18 Schulen haben mittlerweile erste Projekte auf den Weg gebracht. Für Wolfgang Lambl, den Hauptpersonalrat an beruflichen Schulen, war es höchste Zeit, die Personalräte der PROFIL 21-Schulen ins Kloster Banz zu laden und damit die Weichen mit zu stellen für einen Prozess, in dem ausgelotet werden soll, wie weit die Freiheit für berufliche Schulen im 21. Jahrhundert gehen kann. Fast alle Schulen waren seiner Einladung gefolgt. Was nicht für alle Reformen eine Selbstverständlichkeit ist, gilt unter Personalvertretern als Binsenweisheit: Wer in den Schulen den erwünschten Reformprozess vorantreiben will, wird dies nicht ohne oder gar gegen die Beschäftigten erreichen. Es sind immer die Lehrerinnen und Lehrer, die Neuerungen umsetzen und damit die Schulen in Bewegung halten müssen. Ohne die Motivation der Beschäftigten und deren Vertretungen ist eine qualitätsorientierte Selbststeuerung nicht zu realisieren. Deshalb wollen die Personalvertreter das Vorhaben zwar kritisch, aber konstruktiv begleiten.

Teilnahmevoraussetzung: Breite Zustimmung aller am Schulleben Beteiligten

Die Erkenntnis, dass man so anspruchsvolle Projekte nur im Konsens

aller Betroffenen stemmen kann, war auch der Grund, warum der Ausschreibungstext für die Bewerbung als Versuchsschule den Passus enthielt: „Für die Teilnahme an PROFIL 21 ist eine breite Zustimmung aller am Schulleben Beteiligten erforderlich.“ Diese Ausschreibungsbedingung ist offensichtlich von nicht wenigen Schulleitern recht eigenmächtig ausgelegt worden. Während an den meisten Schulen wenigstens die (meist breite) Zustimmung der Lehrerkollegien eingeholt wurde, haben einige Schulleiter mit ausgeprägtem hierarchischen Führungsverständnis diese Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen selbstherrlich durch ihre „Amtsvollmacht“ ersetzt oder bestenfalls kleine Zirkel eingeweiht.

Reformkonzepte, an denen die Schulen arbeiten

Dr. Marko Hunger, der Koordinator des Projekts stellte noch einmal klar, dass die Stiftung Bildungspakt Bayern kein Interesse hat, etwas von oben zu verordnen. Wenn eine Schule mehr selbst bestimmen soll, funktioniert das nur, wenn sie das auch will. Hunger stellte die Bereiche vor, in denen berufliche Schulen eigenständig werden sollen:

- Unterrichtsentwicklung, z.B. neue Formen der Leistungserhebung
- Personalentwicklung- und Personalverantwortung, z.B. attraktive Karrieremodelle oder neue Führungsstrukturen
- Organisationsentwicklung, z.B. Vereinfachung von Verwaltungsabläufen
- Finanzverantwortung, z.B. Budgetierung von Sachmitteln
- Bildungsverantwortung, z.B. Angebot von Fortbildungen in der Region

Die Schulen hatten die Möglichkeit eigene Teilprojekte vorzuschlagen, mussten aber nicht gleich alle fünf Bereiche abdecken. Obligatorisch für eine Teilnahme sind Erfahrungen im Qualitätsmanagement bzw. die Bereitschaft, das zu diesem Zweck bereitgestellte Instrument Q2E (Qualität durch Entwicklung und Evaluati-

on) einzuführen und zu erproben. Unter den teilnehmenden Schulen sind alle sieben Regierungsbezirke Bayerns und alle sieben beruflichen Schularten vertreten.

Dr. Hunger konnte die Bedenken zerstreuen, die in Bezug auf das Bayerische Personalvertretungsgesetz bestehen. Der bayerische Kultusminister hatte ja angekündigt Maßnahmen im Schulversuch könnten über derzeit bestehende juristische Grenzen hinausgehen. Die Rechte der Personalvertreter würden durch PROFIL 21 in keiner Weise beeinträchtigt, sicherte der Koordinator zu.



Organisator Wolfgang Lambl bedankt sich bei den Referenten mit einem Fläschchen „vergorener Sonne“.



Souveräner Initiator, Organisator und Moderator: Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl.



Walter Faulhaber informierte über disziplinarrechtliche Fragen.



Martin Krauß: Mit der Eigenständigkeit der Schulen nimmt auch der Stellenwert von Dienstvereinbarungen zu.



Personalräte melden sich zu Wort.

PROFIL 21 darf nicht zur Plattform für Profilierungsbedürftige verkommen

Für Personalvertreter besteht gerade in Bezug auf die Rolle der Schulleiter Anlass wachsam zu sein. Deren Motive sich an Modellversuchen zu beteiligen, liegen nicht immer ausschließlich darin, die Qualität der schulischen Arbeit verbessern zu wollen. Vielmehr steht für so manchen die Reputation im Vordergrund, die man sich in solchen Projekten erwerben kann. Das zeigt auch ein kritischer Blick auf die Handlungsfelder, mit denen sich Schulen beworben haben. So scheint es ein Lieblingsprojekt fast aller Schulleiter zu sein, eine sog. mittlere Managementebene zu etablieren.

Die Führungskraft Abteilungsleiter braucht Zeitressourcen

Die Abteilungsleitermodelle verfolgen oft durchschaubare Ziele: Auf den Akademien hat man den Schulleitern das gängige Rollenmodell einer Führungskraft beigebracht. Sie sollen ihren Mitarbeitern als Vorgesetzter, Fachmann/-frau, Coach und Moderator gleichermaßen begegnen können.

In der Wirtschaft übt eine Führungskraft die Funktion des Coachs gegenüber 5 bis 10 Mitarbeitern aus. Da ist Coachen möglich. Schulleiter stellen ernüchtert fest, dass sie bei der Größe der Kollegien dieses Beraten gar nicht im notwendigen Umfang leisten können, selbst wenn sie wollten. Deshalb wünschen sie sich für die Organisation ihrer Schule Führungskräfte, die über die Fähigkeiten und Zuständigkeiten verfügen, Lehrerinnen und Lehrer zu

führen. Dazu brauchen sie ein mittleres Management, das dann wieder die Lehrer führt, die ihm unterstellt sind.

Abteilungsleiter sollen also die Schulleiter entlasten, indem sie beispielsweise die obligatorischen Mitarbeitergespräche führen oder federführend an der Beurteilung mitwirken. Ganz abgesehen von der Frage, wie leicht oder wie schwer einem solchen Abteilungsleiter der Spagat zwischen Vorgesetztem und Kollege fällt, darf man gespannt sein, wie man diese neuen Führungskräfte zeitlich zu entlasten gedenkt. Die Verantwortlichen der Stiftung Bildungspakt drücken sich um dieses Problem mit dem Hinweis, dass die entsprechende Kompetenz woanders liege. Hier gilt es mit Argusaugen darüber zu wachen, dass Belastungsgrenzen nicht überschritten werden. Die so gerne als Vorbilder gesehenen Schweizer Modelle taugen nur dann, wenn sie neben den Führungsaufgaben auch die nötige Freistellung garantieren. Abteilungsleiter haben dort eine nur geringfügig höhere Unterrichtsverpflichtung als Schulleiter bei uns.

Schulleiter werden mächtiger

Deutlich zeichnet sich ab, dass eine größere Selbständigkeit der Schulen vor allem die Machtposition der Schulleiter stärkt. Die Übertragung von Zuständigkeiten auf den Schulleiter ist in sehr vielen Fällen ja durchaus sinnvoll. Dafür muss aber die Regelungsdichte wirklich entscheidend zurückgefahren werden. Nur die Zurücknahme von Verordnungen und Verfügungen gewährt den Schulen mehr Freiraum

Diese Forderung ist aber kein Selbstläufer. Etablierten Bildungsbürokratien fällt es schwer, von ihrem zentralistischen Ansatz wegzukommen. Das Scheitern der Verwaltungsreform hat gezeigt, dass sich das Bollwerk eines mächtigen Verwaltungsapparats sogar höchsten politischen Einflüsse widersetzt. Jetzt haben die Schulbehörden natürlich zu kämpfen mit ihrem neuen Selbstverständnis. Sich von heute auf morgen umzustellen von einer Aufsichtsbehörde in eine Unterstützungsagentur für Lehrer, das bereitet ihnen erhebliche Probleme

Neue Herausforderungen für örtliche Personalräte

Der Kompetenzzuwachs der Schulleiter stellt natürlich die örtlichen Personalräte vor neue Herausforderungen. Überall dort, wo der Schulleiter neue Entscheidungszuständigkeiten bekommt, entstehen für Personalvertretungen zusätzliche Beteiligungstatbestände. Bei sehr vielen Einzelmaßnahmen wird der Personalrat seine Mitbestimmungsverantwortung wahrnehmen müssen. Das gilt beispielsweise für die Personalzuständigkeiten, Zielvereinbarungen, Leitbildentwicklung, Selbst- und Fremdevaluation, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Der Gesetzgeber geht davon aus, dass Personalrat und Dienststellenleiter vertrauensvoll zusammenarbeiten. Dabei gilt es einen Spagat zu bewältigen: Den Interessen der Beschäftigten ist ebenso Rechnung zu tragen wie der Erfüllung (auch neuer) dienstlicher Aufgaben. Die Umgestaltung der inneren Organisation einer Schule mit dem Ziel, eine transparente Entscheidungsstruktur zu schaffen, ist ohne Beteiligung des gesetzlichen Mitwirkungsorgans nicht zu realisieren.

Erheblich höhere Inanspruchnahme der Kollegen

Besonders gefragt werden die Personalräte sein, wenn es um die meist unausweichliche höhere Beanspruchung von Kollegen geht. Ein genauere Blick auf die Arbeitsbereiche von PROFIL 21 zeigt, dass es neben Schmankerln und Rosinen auch schwer verdauliche Arbeitsbrocken gibt. Viele Schullei-

ter werden sich darauf beschränken, über neue Führungs- und Organisationsstrukturen zu reflektieren. Natürlich wird auch die Qualität von Unterricht in sehr starkem Maß Führungsthema sein. Die harte Kernerarbeit kommt dabei aber auf die engagierten Kolleginnen und Kollegen zu. Deren Aufgabe ist es, innovative pädagogische Konzepte zu entwickeln, einzuführen und am Laufen zu halten. Das Wohl gerade dieser Lehrkräfte darf nicht aus dem Auge verloren werden. Das Bayerische Personalvertretungsgesetz (BayPVG) schreibt in Art. 76 die Mitwirkung des PR zwingend vor, wenn „Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung“ eingefordert werden sollen.

Unbestreitbar zeichnet sich also eine Tendenz des Modellversuchs jetzt schon ab. Das Mehr an Gestaltungsspielraum wird erkaufte mit einem deutlichen Mehr an Aufgaben für betroffene Kollegen. Wenn Kollegen aber mit zusätzlichen Aufgaben überfrachtet werden, verliert das Wort Spielraum seinen Sinn. Auch Freiheit verliert ihren Sinn, wenn man keinen Gebrauch von ihr machen kann. Deshalb ist jetzt die Haushaltspolitik des

Der Innovationskreis berufliche Bildung (IKBB) legt Leitlinien vor:

Die Struktur des Berufsbildungssystems wirksam verbessern

HANS PREISL

Um die Situation auf dem Lehrstellenmarkt zu verbessern, haben im März dieses Jahres die Partner den Ausbildungspakt für drei Jahre bis 2010 verlängert. Ziel ist es die akuten Lücke auf dem Ausbildungsmarkt zu verkleinern.

Daneben gilt es mittelfristig Strategien zu entwickeln, die das Berufsbildungssystem zukunftstauglich machen für Herausforderungen, vor die es veränderte ökonomische Rahmenbedingungen, absehbare demogra-

Freistaats dazu aufgefordert, Schule hinsichtlich Personalversorgung, Stundenpools, Klassenbildung, Fortbildungsmitteln etc. so auszustatten, dass Freiräume entstehen.

Ein Problem zeichnet sich ab mit Schulen, die etwas naiv an die Reform ihrer Organisationsstruktur herangehen. Die Solidarität der Kollegen muss verhindern, dass der Dilettantismus Projekte zum Einfallstor für einen Angriff auf A 15-Positionen macht. Damit würde eines der letzten Instrumente zerstört, mit dem leistungswillige und befähigte Kollegen motiviert und belohnt werden können.

Aufgrund der zu erwartenden Zuständigkeiten der Profil 21-Schulen sind die Mitglieder der örtlichen Personalräte so zu qualifizieren, dass sie ihre Beteiligungsaufgaben wahrnehmen können. Außerdem sind die Personalvertretungen auch mit den notwendigen zeitlichen und personellen Ressourcen auszustatten, damit sie ihre Arbeit vernünftig machen können. <

he Kompetenz im Bereich der Berufsbildung auszeichnen. Man kann aber nicht verhehlen, dass auch diesen Ausschuss wieder die Repräsentanten der üblichen Pressure-groups dominieren. Vertreter von Unternehmen und Arbeitgebervereinigungen und ihnen nahe stehende Politiker sind deutlich überrepräsentiert. Vertreter von renommierten wissenschaftlichen Instituten, Gewerkschaften und sogar von beruflichen Schulen sitzen mit am Tisch. Die Arbeit des Gremiums ist getragen vom Konsensprinzip. Bei den teilweise doch recht konträren Sichtweisen ist es nicht einfach, gemeinsame Positionen zu formulieren. Ob nun die zehn Leitlinien wirklich ein tragfähiges Fundament für Modernisierung und Strukturverbesserungen in der beruflichen Bildung sind, wie es das Bildungsministerium stolz verkündet, wird die Zukunft zeigen. Das Dokument enthält aber aus schulischer Sicht durchaus diskussionswürdige Denkanstöße.

Den Übergang zwischen Schule und Ausbildung optimieren

Die Dominanz der Wirtschaftsfraktion zeigt sich schon in der Begrifflichkeit der 1. Leitlinie. Etwas unreflektiert wird mit der Formulierung „fehlende Ausbildungsreife“ eine Entwicklung suggeriert, die nicht belegbar ist. In die Welt gesetzt wurde dieser Kampfbegriff ja, um die fehlende Motivation der Betriebe zur eigenen Nachwuchssicherung zu verschleiern. Als Maßnahmen finden sich hier lediglich Unterstützungsbekanntnisse für die Vorhaben „Stärkung der Berufsorientierung“ des Ausbildungspakts und „Halbierung der Schulabgänger ohne Abschluss“ der KMK.

Weil anerkannt wird, dass die berufliche Bildung eine besondere Integrationskraft für Jugendliche mit schlechteren Ausgangschancen entfaltet, soll das Übergangsmanagement zwischen Schule und Ausbildung verbessert werden. Priorität soll dabei dem Ausbau der Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft zukommen. So wird empfohlen, mit Klassenpartnerschaften zwischen Schulen und Betrieben rechtzeitig Interes-

sen zu wecken. Eine „Berufswegebegleitung“ für lernschwächere und abschlussgefährdete Schüler soll als individuelle Betreuung von der Schule bis zum Übergang in die Ausbildung systematisch etabliert werden.

Die Forderung, dass Lehrkräfte regelmäßigen Kontakt zu Betrieben halten, wird pilothaft schon realisiert. In einem vom VLB mitinitiierten Modellversuch absolvieren Hauptschullehrerinnen und -lehrer Betriebspraktika erhalten, wie sie im Bereich der Berufsschulen seit Jahren etabliert sind.

Förderung der Benachteiligten koordinieren

Die Instrumente zur Förderung von Benachteiligten leiden bisher darunter, dass sie zwar in großer Vielfalt, aber vollkommen unkoordiniert angeboten werden. Hier will die zweite Leitlinie ansetzen. Sie fordert, dass die Fördermaßnahmen in einer „transparenten Gesamtarchitektur von Bund, Ländern und Regionen abgestimmt und praxisnah ausgerichtet werden.“ Der Gruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund will sich der Innovationskreis mit besonderem Engagement annehmen.

Auch die Ergänzungen in SGB III und SGB II um notwendige sozialpädagogische Begleitung Benachteiligter bei der Berufsvorbereitung wird begrüßt. In diesem Zusammenhang könnte der berechtigte Wunsch nach einer systematischen Schulsozialarbeit umgesetzt werden. Bisher hängen entsprechende singuläre Angebote zu sehr vom Engagement vor Ort ab, das zudem dadurch behindert wird, dass jede Nachhaltigkeit fehlt. Es gelingt nämlich nur in Ausnahmefällen eine wenigstens mittelfristige Finanzierung sicherzustellen.

Brücke in die Ausbildung für Altbewerber

Mittlerweile sind 50 Prozent der Nachfrager auf dem Ausbildungsmarkt Altbewerber. Für sie will der Innovationskreis bestehende Instrumente wie die Einstiegsqualifizierung stärken, aber auch neue Qualifizierungsmaßnahmen entwickeln.

Zu diesem Zweck sollen Ausbildungsbausteine in den 10 bis 12 wichtigsten dualen Berufen erprobt werden. Mit deren Hilfe soll für die Altbewerber der Übergang in die reguläre duale Ausbildung mit der Möglichkeit einer zeitlichen Anrechnung der bereits erworbenen Qualifikationen angebahnt werden. Ein neues Programm des Bildungsministeriums soll mit der Erprobung dieser Bausteine in 25 Pilotregionen diese Initiative flankieren. Schon Ende dieses Jahres soll das Projekt starten. Dabei soll sogar die Zulassung zur Externenprüfung vor der Kammer eröffnet werden.

Leistungen berufsbildender Schulen anerkennen

Beim Stichwort Bausteine schrillen bei aber vielen die Alarmglocken. Es wird die Gefahr beschworen, ganzheitlich ausgerichtete Bildungsgänge wären bedroht. Das tradierte Berufsprinzip gilt ja geradezu als Anker der beruflichen Bildung. Dem Missverständnis, diesen aushebeln zu wollen, möchte sich der Innovationskreis nicht aussetzen. Deshalb beginnt die vierte Leitlinie mit einem Bekenntnis zum Grundsatz der Beruflichkeit. Erkannt wird aber gleichzeitig die Notwendigkeit von Strukturverbesserungen des dualen Systems.

Und hier schlägt das Papier in eine Kerbe, die in der Schnittstellenfrage des dualen Systems beruflichen Schulen entgegenkommt. Erstaunlich offen postuliert das Papier: „Hierzu werden wir die mit der Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) geschaffenen neuen Möglichkeiten der Anrechnung von Leistungen berufsbildender Schulen und der Zulassung von Absolventen berufsbildender Schulen zur Kammerprüfung nutzen. Die Bundesregierung wird auf Basis einer Evaluation zur bisherigen Umsetzung und mit Blick auf den Ausbildungsmarkt nach Beratung mit den Ländern und den Sozialpartnern im Jahr 2008 über eine Initiative zur Verlängerung dieser bislang zeitlich befristeten gesetzlichen Optionen entscheiden.“

Eine Fehlentwicklung soll im Bereich der Ordnung der beruflichen Bildung im Hinblick auf Zahl und Art

der rund 350 Ausbildungsberufe erfolgen. Das Angebot soll „transparenter, effizienter und flexibler ausgestaltet“ werden. Dabei sollen Ausbildungsinhalte in Kompetenzabschnitte gegliedert werden. Damit könnten zumindest in den Ausbildungsberufen mit verwandten Tätigkeitsfeldern Berufsgruppen mit gemeinsamer Kernqualifikation und darauf aufbauenden Spezialisierungsmöglichkeiten geschnitten werden.

Durchlässigkeit aus der beruflichen Bildung in die Hochschulen erhöhen

Das Papier hält die Durchlässigkeit aus der beruflichen Bildung in die Hochschulen für unzureichend. Dies gilt für die Zulassung zum Studium genau so wie für die Anerkennung von schon erworbenen Qualifikationen. In Deutschland erfolgen Ausbildungen vielfach im nichtakademischen Bereich, die in anderen Staaten auf akademischer Ebene vermittelt werden. „Unser Ziel ist es, hier zusätzliche, differenzierte Übergangs- und Anrechnungsmöglichkeiten zu schaffen.“

Zahl der Ausbildungsabbrecher reduzieren

Die Leitlinien beklagen die hohe Zahl der Ausbildungsabbrecher und Ausbildungsumsteiger. Etwa 20 Prozent macht der Anteil der Leute aus, die eine zweite Chance brauchen. Schon während der Ausbildung sollen deshalb Unterstützungs- und Begleitungsmaßnahmen für Betriebe und Jugendliche ausgebaut werden.

Eine Öffnung und aktivere Nutzung der ausbildungsbegleitenden Hilfen nach SGB III für die duale Ausbildung soll geprüft werden. Wenn es gelingt Ausbildungsabbrüche zu reduzieren, erwartet der Innovationskreis positive Effekte auf das Ausbildungsplatzangebot.

Entwicklung eines Deutschen Qualifikationsrahmens

Wegen seiner geografischen Lage, seiner Rohstoffarmut und wegen seiner Exportorientiertheit braucht Deutschland eine europäische Orientierung der beruflichen Bildung. Deshalb wer-

den die gemeinsamen Anstrengungen von Bundesregierung, KMK, Wirtschaft und Sozialpartnern zur Entwicklung eines Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) unterstützt. Dabei möchte man Unternehmen, Bildungspersonal und Lernende frühzeitig in diesen Prozess einbinden. Natürlich soll der DQR kompatibel zum Europäischen Qualifikationsrahmen sein und eine bessere Durchlässigkeit zwischen den Teilbereichen des Bildungssystems gewährleisten. Die Arbeiten am DQR laufen bereits und sollen bis 2010 abgeschlossen sein.

Für ein Berufsbildungs-PISA

Unterstützt wird die Durchführung einer internationalen Vergleichsstudie in der beruflichen Bildung. Damit könnten die sehr unterschiedlichen europäischen Berufsbildungssysteme

seriös miteinander verglichen werden. Die Verfasser der Leitlinien erwarten, dass sich dadurch der Stellenwert der dualen Ausbildung erhöht. Von besonderem Interesse wäre dabei der Vergleich der Lernergebnisse in Berufen, die in Deutschland nichtakademisch, in anderen Staaten aber akademisch vermittelt werden. Voraussetzung ist allerdings, dass die Testmethoden die Vorzüge der praxisbezogenen dualen Ausbildung hinreichend zu erfassen vermögen.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan will die Maßnahmenvorschläge des Innovationskreises berufliche Bildung in die Nationale Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung einfließen lassen. Diese zielt auf die mittelfristige Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland und soll noch in diesem Jahr vorgelegt werden. <

Arge Alp Positionspapier 2007:

Tendenzen der beruflichen Bildung

Die Arge Alp bildet die jährliche Plattform für den Erfahrungsaustausch der führenden Vertreter der Berufsschullehrkräfte aus den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Österreich, Südtirol und der Schweiz. Die Arge Alp hat sich zum Ziel gesetzt, die Berufsbildung und insbesondere die duale Berufsbildung im europäischen Bildungsraum zu fördern und zu stärken.

Bei der Tagung 2007 in Ellwangen/Baden-Württemberg setzten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die folgenden Prioritäten:

Benachteiligte Jugendliche fördern!

Ein besonderer Fokus der Tagungsteilnehmerinnen und Teilnehmer ist auf die Ausbildung von benachteiligten Jugendlichen gerichtet. Hier wurden und werden in den beteiligten Ländern verschiedene Ausbildungsmodelle entwickelt. Im Zentrum ste-

hen Maßnahmen, Jugendliche für den Arbeitsmarkt fit zu machen.

Es ist ein primäres Ziel, schon frühzeitig in der Pflichtschule Benachteiligte zu erkennen und deren Stärken, z.B. praktische Begabungen, auf die berufliche Ausbildung hin zu analysieren und zu fördern. In einigen Ländern werden dazu geeignete Werkzeuge entwickelt (z.B. Casemanagement).

Letztlich hängt in einem dualen Berufsbildungssystem die Vermittelbarkeit der Jugendlichen aber vom Ausbildungsplatzangebot ab. Dafür ist in erster Linie die Wirtschaft in die Pflicht zu nehmen. Die Politik kann und muss hier beispielsweise über vollzeitschulische Angebote Defizite ausgleichen. Baden-Württemberg geht dieses Problem in vorbildlicher Weise an.

Ziel ist und bleibt: KEINER darf verloren gehen!

EQF und NQR

Wie schon in früheren Positionspapieren der Arge Alp hervorgehoben, begrüßt die Arge Alp die Entwicklung von Bildungsstandards, warnte aber gleichzeitig davor, diese Standards einseitig auf intellektuelle Kompetenzen auszurichten, wie das im Bildungswesen zu oft geschieht. Die Stärke der Berufsbildung beruht gerade darauf, dass sie auch andere Kompetenzen fördert, welche in der Wirtschaft wichtig, ja oft unerlässlich sind, wie z.B.

- Die vollständige und sichere Beherrschung einer Tätigkeit und nicht nur das Wissen, wie es im Prinzip geht.
- Eine solide Arbeitstechnik mit der Fähigkeit, den Ablauf eines Auftrags selbstständig und effizient zu organisieren und zuverlässig durchzuführen.
- Der kompetente und gewinnende Umgang mit Kunden.

Bildungsstandards können der Berufsbildung nur gerecht werden, wenn auch solche Aspekte mitberücksichtigt werden

Qualitätsentwicklung am beruflichen Schulen

Bildungsprozesse wandeln sich in immer kürzeren Zeitabständen. Deshalb unterstützen die beruflichen Schulen die Qualitätsentwicklung. Auf der anderen Seite erfordert Qualitätsentwicklung einen zusätzlichen Aufwand und bindet Ressourcen. Dies darf nicht zulasten der Unterrichtsversorgung gehen. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss noch klar verbessert werden.

Eine gute Qualitätsdiskussion fokussiert sich darauf, dass optimale Rahmenbedingungen an einer Schule für die Unterrichtsgestaltung und das nachhaltige Lernen geschaffen werden. Insbesondere ermöglicht Qualitätsentwicklung eine zeitgemäße Schulentwicklung. Das verlangt aber, dass sie von allen mitgetragen wird. Dabei ist die Selbstevaluation unerlässlich. Neue Instrumente der Fremdevaluation im Sinne der Gesamtsteuerung der Berufsbildung sind mit den

Schulen abzustimmen und haben sie auf ihrem Weg der Qualitätsentwicklung zu unterstützen.

Modularisierung

Während sich die Modularisierung der Ausbildung im Hochschulbereich und in der Weiterbildung zunehmend durchsetzt, wird die Modularisierung in der Grundbildung nur sehr zögerlich angegangen, teilweise auch gegen deutliche Widerstände. Die Informatiklehre in der Schweiz ist immer noch der einzige Lehrberuf, der vollständig auf Modulen aufbaut. Hier bot sich die Chance, dank den Modulen ein breites und sich wandelndes Berufsfeld mit einem einzigen Beruf abzudecken und durch die Auswahl der Module mit sinnvollen Schwerpunkten auszugestalten.

An diesem Beispiel zeigt sich das große Potenzial der Modularisierung

zu einer deutlichen Qualitätsverbesserung der Ausbildung. Das verlangt aber, dass man die Module nicht nur als organisatorische Einheit versteht, sondern dass man mit den Modulen auch ein didaktisches Konzept verbindet. So sind die genannten Informatikmodule nicht mehr auf Lernziele ausgerichtet, sondern auf Handlungskompetenzen, die sich an der beruflichen Praxis orientieren. Diese Kompetenzorientierung hat einen nachhaltigen Einfluss auf eine gute Unterrichtsgestaltung.

Dabei darf nicht verschwiegen werden, dass eine Qualitätsverbesserung stets auch ihren Preis hat. Die Anforderungen an die Lehrkräfte sind größer und auch der Aufwand an das Prüfungswesen. Trotzdem lohnt es sich, die Einführung der Modularisierung in weiteren Berufsbereichen zu prüfen.

Deutschlandweites Zentralabitur ist ein Irrweg“:

„Vorrang muss eine Prüfung zur Mittleren Reife haben“

Zum Vorschlag des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger, ein deutschlandweites Zentralabitur einzuführen, nimmt der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), Josef Kraus, wie folgt Stellung.

Anspruch auf mittlerem oder unterem Niveau kommt. Die Erfahrungen mit den Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz (KMK), im besonderen mit den KMK-Abiturvereinbarungen der Jahre 1987 und 1996, lassen solches erahnen. Das föderale Wettbewerbsprinzip wäre damit restlos außer Kraft gesetzt.

1. Die deutschen Länder sind in Sachen Zentralabitur ohnehin auf einem guten Weg. Allein im vergangenen bzw. im laufenden Jahr haben die Länder Hessen, NRW, Niedersachsen und Hamburg auf ein Landes-Zentralabitur umgestellt. Ein Landes-Zentralabitur ist somit in der überwältigenden Mehrzahl der deutschen Länder Praxis. Damit ist bereits ein transparenter Vergleich der Abitursprüche möglich.
2. Bei einem deutschlandweit einheitlichen Abitur ist zu befürchten, dass es zu einer Nivellierung des

3. Ein deutschlandweites Zentralabitur wäre nur möglich, wenn mindestens drei Jahre zuvor die Lehrpläne der gymnasialen Oberstufe deutschlandweit vereinheitlicht worden wären. Wichtiger als solche Lehrpläne und entsprechende Abiturprüfungen erscheint eine konsequente Fortschreibung der bereits bestehenden Einheitlichen Prüfungsanforderungen für das Abitur (sog. EPAs).
4. Für mehrere Fächer wäre ein bundeseinheitliches Abitur eine Verar-

mung. In den Fächern Geschichte, Geographie und Sozialkunde/Politik etwa müssen auch landesspezifische Inhalte abgeprüft werden dürfen.

5. Völlig unverständlich ist, welche kurze Halbwertszeit mittlerweile Änderungen des Grundgesetzes haben. Immerhin war der Bildungsföderalismus im Jahr 2006 im Zuge der Föderalismusreform deutlich gestärkt worden. Dem laufen Überlegungen zu einem deutschlandweiten Zentralabitur völlig zuwider.
6. Die Einführung eines deutschlandweiten Zentralabiturs erfordert eine Vereinheitlichung der Ferienregelungen, denn die Unterrichtszeit der Abschlussklasse bis zum Abitur differiert sonst um bis zu sechs Wochen; dies wäre für einen erheblichen Teil der Schüler ungerecht. Umgekehrt ist eine Vereinheitlichung der Ferientermine über ganz Deutschland hinweg aus Gründen des dann geballten Verkehrsaufkommens und des Tourismus nicht möglich.
7. Das große innerdeutsche Gefälle in Sachen Schulleistung gibt es nicht so sehr in der gymnasialen Oberstufe, sondern in den nicht-gymnasialen Schulformen der Sekundarstufe I. Insofern wäre eine Einführung von Abschlussprüfungen zum Erwerb der Mittleren Reife in allen Bundesländern vorrangig. <

**Für Personalräte:
Grundlagenschulungen Teil II**

8. bis 9. Oktober 2007
in der Bayer. Sparkassenakademie
in Landshut

13. bis 14. November 2007
im Großraum Würzburg

11. bis 12. Dezember 2007
in der Bayer. Bauakademie
in Feuchtwangen

Eine erstaunliche – nichtsdestotrotz erfreuliche – Metamorphose

BERTHOLD SCHULTER

Martin Wansleben, einflussreicher DIHK-Geschäftsführer, hat in DIE ZEIT Nr. 31 vom 26.07.2007 unter dem Titel „Studium generale in der Lehre“ ein für die Berufsausbildung, ihre Konsolidierung und Fortentwicklung äußerst wichtiges Interview gegeben. Die darin geäußerten Meinungen sind ja nicht die des Privatmannes Wansleben, sondern des Generalsekretärs/Hauptgeschäftsführers eines der einflussreichsten Träger der deutschen dualen Ausbildung. Unsere – im Wesentlichen positive – Betroffenheit rechtfertigt die Wiedergabe des gesamten Interviews:

Studium generale in der Lehre

Wer einigermaßen wach „unseren“ Kampf gegen

- Über-Spezialisierung
- Über-Modularisierung
- Atomisierung für
- tragfähige und leistbare Breite
- ausbaufähige Grundbildung
- mehr exemplarische Ausbildung und die
- Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung

mitgetragen oder auch nur verfolgt hat, muss sich angenehm überrascht die Augen reiben – vor allem auch in Erinnerung an die Widerstände und die Träger dieser Widerstände. Reißt wir aber nicht – gar schadenfroh – alte Gräben auf, sondern gehen wir nun mit vereinten Kräften die notwendigen Reformen an!

Wir als Vertreter von Schule und Jugend haben den Reformbestrebungen einen von der Wirtschaft bisher vernachlässigten und auch im Interview nicht angesprochenen, aber m. E. sehr wesentlichen Aspekt – als nachhaltigen Rückenwind beizufügen: die übertriebene Spezialisierung der Berufsausbildung hatte nur das – kurzfristige – Betriebsinteresse im Auge und vernachlässigt sträflich das Interesse der Jugend (und der Allgemeinheit) an einer möglichst tragfähigen nachhaltigen, d.h. breiten Grundausbildung! <

Studium generale in der Lehre

DIHK-Geschäftsführer Martin Wansleben über die Reform der Berufsausbildung und ein Studium ohne Abitur

DIE ZEIT: Das deutsche Ausbildungssystem gilt als vorbildlich. Weshalb muss es reformiert werden?

Martin Wansleben: Wir haben im Laufe der Jahre eine Fülle unterschiedlicher Berufe entwickelt. Es gibt neue Kundenanforderungen, es wachsen neue Branchen, und daraus resultieren neue Anforderungen an die Qualifikation. So sind mit der Zeit rund 350 Berufe entstanden. Für einen Jugendlichen, der sich entscheiden soll, was er einmal machen will, ist eine solche Zahl schwer übersehbar. Außerdem müssen die Betriebe die unterschiedlichen Ausbildungsordnungen kennen, und Berufsschulen müssen 350 unterschiedliche Berufe unterrichten.

ZEIT: Warum geht das nicht mit dem alten Modell?

Wansleben: Das hat mit der demografischen Entwicklung zu tun. Heute haben wir pro Berufsbild in einer Region vielleicht 20 Jugendliche, in Zukunft werden es nur noch 10 sein. Da stellt sich die Frage, wie wir für die noch einen verünftigen Berufsschulunterricht organisieren.

ZEIT: War das Problem nicht bisher, dass es nicht genug Ausbildungsplätze für alle Bewerber gab?

Wansleben: Es wird immer beklagt, dass nur 25 oder 30 Prozent der Betriebe ausbilden. Die Wahrheit ist, dass von den Betrieben ab 30 Mitarbeitern jeder zweite ausgebildet. Betriebe mit 100 bis 200 Mitarbeitern bilden zu 70 Prozent aus, die mit über 500 Mitarbeitern zu 95 Prozent. Das Problem ist aber, dass 88 Prozent der Unternehmen in Deutschland weniger als 10 Mitarbeiter haben, und die bilden nur zu 17 Prozent aus. Viele Berufe sind so spezialisiert, dass diese kleinen Betriebe gar nicht ausbilden dürfen, weil sie nicht das ganze Spektrum abdecken, das die Ausbildungsordnungen verlangen.

ZEIT: Der Innovationskreis ist unterschiedliche Berufe zu Berufsgruppen zusammenzufassen. Wie soll man sich das vorstellen?

Wansleben: Bevor wir unterschiedliche Berufsbilder zusammenstrichen, die möglicherweise ihre Daseinsberechtigung haben, überzeugen wir, wo es Gemeinsamkeiten gibt. Alle

kaufmännischen Berufe haben beispielsweise Buchführung gemeinsam. Solche Lehrinhalte könnte man zu einer Art Grundausbildung zusammenfassen, die alle Auszubildenden der Berufsgruppe absolvieren.

ZEIT: Eine Art „Studium generale“ in der Ausbildung?

Wansleben: So ähnlich. In einem späteren Stadium könnte dann die eigentliche Spezialisierung. So ließen sich trotz des demografischen Wandels noch ausreichende Klassenstärke sicherstellen.

ZEIT: Wie weit ist diese Idee geföhren?

Wansleben: Der Innovationskreis hat den Startschuss gegeben. Als Nächstes müssen wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium durchgehen, welche Berufe zu Gruppen zusammengefasst werden können. Und es wird darum gehen, berufsqualifizierende Spezialisierungsbereiche zu entwickeln, die sich an die gemeinsame Grundqualifikation anschließen. Am Ende stehen bei jedem Beruf mehrere Module, wovon – je nach Beruf – eine bestimmte Anzahl Pflicht sind. So ließen sich Betriebe dafür gewinnen, auszubilden, auch wenn sie nicht alle Module in ihrem Betrieb abdecken können.

ZEIT: Was bliebe bei einer Zerstückelung der Ausbildung noch vom dualen System?

Wansleben: Genau vor einer Zerstückelung warnen wir ja ausdrücklich. Wenn Ausbildungsinhalte unterteilt werden, heißt das eben nicht, dass die Ausbildung in Module zerfällt. Das Ziel der Ausbildung bleibt weites, die Jugendlichen am Ende der Ausbildung mit einem Vollberuf zu endlassen. Sonst gibt es von Modul zu Modul eine Sollbruchstelle, und wehe uns, wenn sich die Jugendlichen alle drei Monate die Frage stellen: Mache ich weiter oder nicht? Wir werden uns hüten, die Jugendlichen und manchmal auch die Betriebe da in Versuchung zu führen.

ZEIT: Kann ein Auszubildender bald Modul eins in dem einen Betrieb machen, Modul zwei im zweiten und Modul drei im dritten?

Wansleben: Das wird nicht funktionieren. Die Azubis sind gut beraten, ein stabiles Ausbildungsverhältnis zu haben. Es kann aber sinnvoll sein, dass kleine Betriebe sich zu Aus-

bildungsverbänden zusammenschließen, die einen Beruf abdecken können. Oder dass Aufenthalte im europäischen Ausland anerkannt und geregelter Bestandteil der dualen Ausbildung werden. Aber Ausbildungshopping darf es nicht geben.

ZEIT: Wie will sich die Berufsausbildung angesichts des demografischen Wandels auf den Wettbewerb mit den Hochschulen um die Jugendlichen einstellen?

Wansleben: Wir stehen ja nicht nur im Wettbewerb mit den Hochschulen, sondern auch in Konkurrenz zu allen anderen möglichen Optionen. Dazu gehören die Hochschulen, dazu gehört aber leider auch die Entscheidung, gar keine Ausbildung zu machen. Wir brauchen Angebote für diejenigen, die sich während der Ausbildung als so gut erweisen, dass sie auch noch etwas zusätzlich lernen könnten. Am Ende einer dualen Ausbildung muss deshalb die Möglichkeit zu einer Aufstiegsweiterbildung oder auch zum Zugang zu einer Hochschule bestehen. Das ist wichtig für die Attraktivität der dualen Ausbildung, das ist wichtig, um den Jugendlichen Chancen aufzuzeigen und ihren Ehrgeiz zu wecken.

ZEIT: Die Hochschulen verteidigen ihre akademische Exklusivität nach Kräften. Zuletzt gegen die Idee eines Bachelor-Professional.

Wansleben: Zur Frage der Durchlässigkeit gab es eine lange und ausgiebige Diskussion, insbesondere mit dem Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz, Jürgen Zöllner. Ich finde bemerkenswert, dass sich der Innovationskreis in seinem Abschlusspapier auf ein klares Bekenntnis zur Durchlässigkeit geeinigt hat. Aber wir werden bei den Universitäten werden müssen, denn sie sind nach der Föderalismusreform ja weitgehend selbstständig in diesen Fragen.

ZEIT: Dann könnten etwas bei einem Bachelorstudium einzelne dieser Module angerechnet werden?

Wansleben: Das Ziel muss sein, dass einer, der eine Ausbildung macht, nicht länger bis zur Promotion braucht als ein Student. Das wäre natürlich ein Traum.

INTERVIEW: JULIAN HANS



Aus der Geschichte der Lehrerbildung:

40 Jahre Staatlicher Vorbereitungsdienst in Bayern

DR. WILFRIED FRANZ

Dieser Beitrag ist lediglich als Zwischenruf gedacht; er soll an die Wurzeln und die Entwicklung der staatlichen

Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen und all jene erinnern, die in dieser Zeit – und auch schon vorher – in der Referendarausbildung tätig waren.

Anfänge

Die beiden Verordnungen vom 25. August 1967 – die eine für das Lehramt an kaufmännischen Schulen (VVKSch), die anderen für das Lehramt an gewerblichen und hauswirtschaftlichen, an landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Berufsschulen und Berufsaufbauschulen (VVBSch) – brachten eine Zäsur in die 2. Phase der Ausbildung von Studienreferendaren im beruflichen Schulwesen in Bayern.

Entwicklung beim Lehramt an beruflichen Schulen, gewerblicher Zweig, in den Jahren 1971 bis 2005

Jahr ¹⁾	Studenten		Erfolgreiche Absolventen der Ersten Staatsprüfung	Studienreferendare		Erfolgreiche Absolventen der Zweiten Staatsprüfung
	insgesamt	darunter im 1. Fachsemester		insgesamt	darunter im 1. Fachsemester	
1971	387	–	51	57	–	54
1972	605	–	64	90	–	58
1973	768	241	152	174	–	54
1974	891	355	190	312	–	93
1975	1032	355	79	395	164	172
1976	1178	315	184	338	174	221
1977	1321	389	122	325	159	162
1978	1721	470	150	317	159	188
1979	1554	335	167	328	167	154
1980	1512	261	228	400	230	158
1981	1426	242	234	489	244	167
1982	1387	208	203	447	199	245
1983	1147	150	261	482	247	246
1984	962	137	217	466	213	213
1985	1005	153	171	357	148	252
1986	920	145	156	253	104	210
1987	805	122	125	237	134	148
1988	823	192	100	238	102	98
1989	812	194	87	213	114	133
1990	857	186	72	190	83	99
1991	889	207	71	156	74	104
1992	1044	247	85	204	132	80
1993	1431	373	88	214	88	73
1994	1433	237	160	218	132	122
1995	1345	241	251	325	196	85
1996	1340	277	148	361	169	131
1997	1398	265	127	274	114	189
1998	1392	238	147	239	130	163
1999	1335	253	162	286	158	108
2000	1333	230	130	270	116	119
2001	1341	245	171	238	128	156
2002	1333	237	230	279	155	109
2003	1416	241	137	326	176	125
2004	1347	212	158	311	140	150
2005	1228	213	146	317	183	169

¹⁾Die Abgrenzungen orientieren sich an den Einstellungsterminen der Studienreferendare in den Vorbereitungsdienst des im angegebenen Jahr beginnenden Schuljahres; Studenten im WS am Ende des angegebenen Jahres; erfolgreich abgelegte Erste Staatsprüfungen (gewerblicher Zweig) bzw. Diplomprüfungen (kaufmännischer Zweig) im SS des angegebenen Jahres plus dem folgenden WS; Studienreferendare: Stand März des auf das angegebene Jahr folgenden Jahres; erfolgreich abgelegte Zweite Staatsprüfungen: im September des angegebenen Jahres und bis 1987 auch im Februar des Folgejahres.

War das Referendariat vorher kommunal, so wird es mit diesen beiden Verordnungen eine staatliche Aufgabe, die von den Staatlichen Studienseminaren wahrgenommen wird.

Diese Übergangszeit und die Anfangsjahre haben Walter Bittner und Quirin Gerstl in ihrem gemeinsamen Beitrag „Die zweiten Phase der Lehrerausbildung“ für das 1983 von Leo Heimerer und Johann Selzam herausgegebene Sammelwerk „Berufliche

Bildung im Wandel – Beiträge zur Geschichte des beruflichen Schulwesens in Bayern von 1945 bis 1982“ knapp und übersichtlich dargestellt.

Sie weisen am Schluss ihres Beitrages darauf hin, dass mit dem Bayerischen Lehrerbildungsgesetz vom 11. Juni 1981 eine neue Rechtsgrundlage für das Lehramtsstudium geschaffen wurde, die zu diesem Zeitpunkt und auch später Änderungen in den Zulassungs-, Ausbildungs- und Prü-

fungsregelungen zur Folge hatte. Mit diesen neuen Regelungen ergibt sich auch hier ein beachtlicher Einschnitt im Vorbereitungsdienst und für die Zweite Staatsprüfung. Sie sollten – so meint der Verfasser – einmal in einer Übersicht zusammenfassend festgehalten werden.

Es lässt sich heute nicht ohne weiteres exakt feststellen, wie viele Studienreferendare in diesen 40 Jahren ausgebildet wurden und die Zweite

Entwicklung beim Lehramt an beruflichen Schulen, kaufmännischer Zweig, in den Jahren 1971 bis 2005

Jahr ¹⁾	Studenten		Erfolgreiche Absolventen der Diplomprüfung (Dipl.-Handelslehrer)	Studienreferendare		Erfolgreiche Absolventen der Zweiten Staatsprüfung
	insgesamt	darunter im 1. Fachsemester		insgesamt	darunter im 1. Fachsemester	
1971	465	–	77	96	–	62
1972	526	–	64	100	–	68
1973	703	122	84	139	–	49
1974	849	176	88	160	–	89
1975	1024	178	115	278	143	111
1976	1026	159	252	317	173	131
1977	1075	172	209	334	169	156
1978	1063	177	197	329	160	169
1979	1048	134	183	313	–	122
1980	1038	121	172	289	–	185
1981	895	97	200	286	–	150
1982	v895	113	175	279	–	136
1983	875	82	142	248	103	152
1984	918	154	158	220	120	123
1985	600	128	105	193	80	101
1986	566	144	66	108	32	111
1987	543	162	60	93	61	73
1988	608	163	50	105	46	32
1989	696	131	54	87	41	59
1990	804	134	36	126	85	46
1991	872	127	59	121	38	39
1992	974	167	100	200	162	82
1993	964	132	144	277	120	37
1994	906	115	140	242	125	154
1995	909	129	166	247	127	114
1996	912	141	149	256	134	118
1997	968	183	169	280	150	121
1998	935	150	136	252	109	127
1999	955	193	88	206	101	142
2000	971	194	157	187	91	104
2001	964	187	168	190	101	96
2002	955	196	117	368	267	89
2003	1074	204	89	403	146	99
2004	1106	205	143	277	128	245
2005	1197	235	150	255	133	139

Quelle für beide Tabellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung München, zusammengestellt und am 28. März 2007 übermittelt durch Cyprienne Hempe.

Staatsprüfung erfolgreich abgeschlossen haben. Aus den Jahren 1967 bis 1970 stehen dem Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung nach dessen Aussagen keine detaillierten Angaben zur Verfügung; auch die nachfolgenden beiden Tabellen weisen an einigen Stellen Lücken auf. Die Zahlen für die Jahre 2006 und 2007 stehen dem Amt noch nicht zur Verfügung.

Die beiden Tabellen auf den Seiten 20 und 21 zeigen, dass in diesen vier Jahrzehnten bis 2007 über 9000 Bewerber erfolgreich ausgebildet wurden und die Zweite Staatsprüfung bestanden haben.

Leider ist an dieser Stelle nur eine quantitative Rückblende möglich. Eine qualitative Rückschau auf die Entwicklung der Ausbildung und deren gegenwärtigen Stand, eingebettet in die unterschiedlichen Trends und verschiedenen Konzeptionen in Pädagogik und Psychologie der vergangenen vier Jahrzehnte, wäre sicher interessanter. Denn ein landeseinheitlicher Rahmen ließ den einzelnen Seminarvorständen immer noch Spielräume, um Schwerpunkte für ihre Tätigkeit zu setzen. Die Fachkompetenz, die in der Vergangenheit ein prägendes Element war, scheint neuerdings immer weniger gefragt zu sein.

Organisation

Bis einzelne Seminarbezirke geschaffen wurden, waren zunächst für den Gesamtbereich Bayern ab 1. September 1967 Prof. Dr. Hans Sehling für die kaufmännischen und Dr. Quirin Gerstl für die gewerblichen Schulen zuständig. Ab 1969 gab es dann zwei Seminarbezirke in Bayern.

In Nordbayern waren ab 1. September 1969 Prof. Hanns Ott und in der Nachfolge von 1970 bis 1991 Prof. Hermann Braun für den kaufmännischen sowie Dr. Oscar Weiss und in dessen Nachfolge von 1971 bis 1988 Günther Scholz für den gewerblichen Bereich mit der Ausbildungsverantwortung betraut; ihnen folgten von 1991 bis 2003 im kaufmännischen Zweig Dr. Wilfried Franz und von 1988 bis 1994 Berthold Gehlert im gewerblichen. In der nun 4. Generation sind dies für die

Zeittafel über die Ausbildungsverantwortung der Seminarvorstände seit 1967 (Stand Mitte Juli 2007)

Gesamtbereich Bayern	
Prof. Dr. Hans Sehling, München für den kaufmännischen Bereich	1. September 1967 bis 31. August 1969
Dr. Quirin Gerstl, München für den gewerblich-technischen Bereich	1. September 1967 bis 31. August 1969
Nordbayern (Nürnberg)	
<i>Für den kaufmännischen Bereich</i>	
Prof. Hanns Ott	1. September 1969 bis 31. Mai 1970
Prof. Hermann Braun	1. Juni 1970 bis 30. Juni 1991
Dr. Wilfried Franz	1. September 1991 bis 31. Juli 2003
Bernd Büttner	ab 1. August 2003
<i>Für den gewerblich-technischen Bereich</i>	
Dr. Oscar Weiss	1. September 1969 bis 30. März 1971
Günther Scholz	1. April 1971 bis 31. Juli 1988
Berthold Gehlert	1. September 1988 bis 31. Juli 1994
Günther Goldhagen	ab 13. September 1994 kommissarische Amtsführung, ab 28. März 1995 endgültige Einweisung ins Amt
Südbayern (München)	
<i>Für den kaufmännischen Bereich</i>	
Prof. Dr. Hans Sehling	1. September 1969 bis 30. April 1970
Dr. Walter Bittner	1. Juni 1970 bis 31. Juli 1990
Helmut Schaumberg	1. November 1990 bis 31. Juli 1998
Christine Stengel	1. September 1998 bis 31. Juli 2007 (dann Freistellungsphase)
Maria Sommerer	voraussichtlich ab 1. August 2007
<i>Für den gewerblich-technischen Bereich</i>	
Dr. Quirin Gerstl	1. September 1969 bis 31. Juli 1986
Dr. Oscar Weiss	1. Oktober 1982 bis 28. Febr. 1990
Christine Otter, M.A.	1. September 1986 bis 31. Juli 1999
Heiko Pohlmann	ab 1. April 1990
Ostbayern (Regensburg)	
<i>Für den kaufmännischen Bereich</i>	
Franz Kuchler	1. Dezember 1973 bis 13. März 1994
Kurt Laubmeier	14. März 1994 bis 31. Juli 1995
Manfred Schultz	1. August 1995 bis 31. März 2006 (während der Freistellungsphase bis zum 31. Juli 2007 kommissarische Amtsführung durch Barbara Scheungraber und Theresia Huber ab 15. Februar 2007)
Genevva Hiener	
<i>Für den gewerblich-technischen Bereich</i>	
Franz Markl	1. Dezember 1973 bis 31. Dezember 1975
Hans Huber	1. Januar 1976 bis 13. März 1994
Walter Marxreiter	ab 14. März 1994

Auf der Grundlage und im Anschluss an die „Zeittafel über den Ausbau der Studienseminare seit 1967“, Anlage 1, Walter Bittner und Quirin Gerstl, Die Zweite Phase der Lehrerausbildung, in: Berufliche Bildung im Wandel – Beiträge zur Geschichte des beruflichen Schulwesens in Bayern von 1945 bis 1982, herausgegeben von Leo Heimerer und Johann Selzam, Bad Homburg vor der Höhe 1983, S. 631, fortgeschrieben; für die Hilfe dabei danke ich einigen meiner früheren Kollegen.

Diplom-Handelslehrer ab 2003 Bernd Büttner und für die Referendare im gewerblich-technischen Bereich ab 1994 Günther Goldhagen.

In Südbayern wirkte bis 1970 Prof. Dr. Hans Sehling und dann bis 1990 Dr. Walter Bittner im kaufmännischen Bereich, während Dr. Quirin Gerstl weiterhin im gewerblichen Zweig bis 1986 zusammen mit dem 1982 hinzugekommenen Dr. Oscar Weiss die Verantwortung inne hatte. Als Nachfolgerin von Dr. Gerstl wurde 1986 Christine Otter M.A. ins Amt berufen, die bis zu ihrem Ruhestand 1999 als Seminarvorstand wirkte, während Helmut Schaumberg für Dr. Bittner von 1990 bis 1998 und in dessen Nachfolge ab 1998 Christine Stengel die Diplom-Handelslehrer betreute; für Dr. Weiss, der 1990 in den Ruhestand eintrat, kam Heiko Pohlmann, der jetzt in Personalunion gleichzeitig auch VLB-Referent für Lehrerbildung ist.

Mit Ostbayern wurde 1973 ein dritter Seminarbezirk geschaffen. Für die kaufmännischen Schulen wurde ab 1. Dezember 1973 Franz Kuchler, für die gewerblichen zunächst Franz Markl und von 1976 bis 1994 Hans Huber mit der Ausbildungsleitung betraut. Ihm folgte ab 1994 Walter Marxreiter für den gewerblich-technischen Bereich. In der Nachfolge von Franz Kuchler kam im kaufmännischen Bereich 1994 übergangsweise Kurt Laubmeier und von 1995 bis 2007 Manfred Schultz. Vorübergehend wurde dieser Bereich während seiner Freistellungsphase ein Jahr kommissarisch verwaltet, und ab 2007 trat Genevva Hiener die Nachfolge an.

Erinnerung

Viele VLB-Mitglieder, die heute in Amt und Würden sind oder bereits den Ruhestand erreicht haben, erinnern sich sicher noch an den einen oder anderen Namen, wobei die gegenwärtigen Amtsinhaber kursiv hervorgehoben sind. Der Verfasser hofft, dass dieses Zurückschauen in einer positiven Grundstimmung erfolgt, auch wenn es vielleicht in der Ausbildungszeit gelegentlich einmal einen Dissens gegeben haben sollte. Ohne die Hilfe engagierter Seminarleh-

rer und tatkräftiger Betreuungslehrer hätte diese Gesamtleistung in den vergangenen 40 Jahren nicht erbracht werden können. Gelegentlich waren auch Seminarmitarbeiter und Fachleute aus den unterschiedlichsten Bereichen im Rahmen der Ausbildung tätig. Ihnen allen gebührt Dank.

Auch den jeweiligen Verantwortlichen im Kultusministerium ist Dank geschuldet. Sie gaben Auftrag und Freiheit, begleiteten – so jedenfalls hat es der Verfasser erfahren – das Wirken der Seminarvorstände in der Regel wohlwollend, waren für Innovationen offen und achteten auf eine einheitliche Entwicklung in ganz Bayern.

Ausblick

Wünschenswert wäre es, möglichst in naher Zukunft eine Dokumentation

über den gesamten Zeitraum zu erstellen oder zumindest die Entwicklung ab 1981 im Anschluss an Bittner/Gerstl fortzuschreiben, denn noch leben viele Zeitzeugen, die in mannigfacher Weise mitgewirkt und die Entwicklung in der Ausbildung für die beruflichen Schulen beeinflusst haben.

Zwar gibt es bedeutsame Probleme, die für die Zukunft des beruflichen Schulwesens gelöst werden müssen, doch schließt sich der Verfasser der Aussage von Peter Thiel an (Heft Nr. 08/09-2006 VLB akzente, S. 9-12), der aus Anlass der Ehrung für die beiden VLB-Jubilare Braun und Karrasch mehrfach schrieb: „Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten.“

BBV-Fondsrente GARANTIEhoch3

Wir haben eine Zukunftsvorsorge, mit der Sie nur gewinnen können.

Sie wollen Ihr Leben auch in Zukunft genießen und Ihren Ruhestand so gestalten, wie Sie sich ihn immer vorgestellt haben?

Mit der BBV-Fondsrente GARANTIEhoch3 liegen Sie genau richtig, denn sie bietet Ihnen alle Vorteile einer modernen Zukunftsvorsorge:

- ▶ Eine lebenslange Rente,
- ▶ hohe Renditechancen an der Börse mit Höchststandsgarantie,
- ▶ 100%ige Beitragsgarantie bis zum Ende der Laufzeit.

Interessiert? Ein Anruf genügt!

Bayerische Beamten Versicherungen
Thomas-Dehler-Str. 25
81737 München
Tel. 089 / 67 87-9494
Fax 089 / 67 87-9428
E-Mail: verbaende@bbv.de
www.bbv.de

BBV *Offen für alle*
Bayerische Beamten Versicherungen
Neue Bayerische Beamten Lebensversicherung AG

Einsatz des VLB für Erhalt des elternunabhängigen BAföG:

Effiziente Lobbyarbeit

MICHAEL M. BIRNER

Kurz vor Ende des Schuljahres erreichte die Nachricht alle Berufsoberschulen per KMS: „Die elternunabhängige Förderung der Berufsoberschüler bleibt für das Schuljahr 2007/2008 in der jetzigen Form erhalten.“ Was wie ein durchschlagender Erfolg klingt, ist zunächst allerdings nur darauf zurückzuführen, dass der Zeitplan der Bundesregierung, der ein Inkrafttreten geänderter BAföG-Regelungen zum Herbst 2007 vorsah, nach dem aktuellen Stand des Verfahrens nicht mehr zu realisieren ist. Also nur ein Aufschub der bitteren Pille?

Erinnern wir uns: Anfangs sollte eine dreijährige Berufstätigkeit Voraussetzung für die elternunabhängige Förderung sein. Das engagierte und massive Auftreten unseres Verbandes und die von unseren Fachabteilungen im Kultus- und Wissenschaftsministerium aufgedeckten „Berechnungsfehler“ ließen das Kabinett in seinem Novellierungsentwurf von der dreijährigen Berufstätigkeit abrücken. Aber eine einjährige Berufstätigkeit sollte letztendlich doch erforderlich sein. Das konnte der VLB nicht unwidersprochen hinnehmen und wir initiierten eine intensive von der Fachabteilung im KM unterstützte Lobbyarbeit.

Dabei zeigte nicht nur das rasche und beherrzte Eingreifen sowohl des Ministeriums und des Verbandes besondere Wirkung, sondern vor allem auch die Solidarität unserer Schülerinnen und Schüler, die sich an Unterschriftenaktionen beteiligten und mit Billigung couragierter Schulleiter in großer Zahl an der Protestveranstaltung in München teilnahmen. Mit Wolfgang Lambl, Horst Hackel und Rudolf Keil protestierten auch hierbei vehement Vertreter des VLB für die Beibehaltung der bisherigen Förderung unserer BOS-Schüler.

Wirkung zeigte auch die vom niederbayerischen Bezirksvorsitzenden Rudolf Puryear mitorganisierte hoch-

karätig besetzte Podiumsdiskussion in Landshut und die intensive Darstellung der Problematik in der Presse, in Gesprächen der VLB-Vertreter mit unseren Abgeordneten und in einschlägigen Gremien in Berlin. Selbst der BAföG-Beirat, ein Beratungsgremium des BMBF, zu dessen Mitgliedern der Stellvertretende Landesvorsitzende Michael Birner gehört, monierte nach vehementer Intervention unseres stellvertretenden Landesvorsitzenden in seiner Stellungnahme die negativen Auswirkungen auf Schüler des beruflichen Bildungsweges.¹

Das alles führte schließlich dazu, dass die Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzesentwurf vor der ersten Lesung im Bundestag ganz in unserem Sinne ausfiel. Aus dem Wortlaut zu diesem Teil der geplanten BAföG-Änderung ist unschwer die Haltung unseres Verbandes wie auch die von MR Günter Liebl und RD Friedrich Wiedemann aus den Fachabteilungen unseres Kultus- und Wissenschaftsministeriums herauszulesen: So hält der Bundesrat die Beseitigung der bisherigen elternunabhängigen Förderung für

„... bildungspolitisch kontraproduktiv. Die Schulen des zweiten Bildungsweges sind – neben den Gymnasien – als zweite Säule des Weges zur Hin-führung zur allgemeinen bzw. fachgebundenen Hochschulreife anzusehen. Es geht hier insbesondere um folgende Schwerpunkte:

- Ausschöpfen vorhandener Bildungsreserven und damit
- Erhöhung der Abiturientenquote

Es ist bildungspolitisch notwendig, insbesondere für Auszubildende aus sog. bildungsferneren Schichten, Anreize zur Weiterbildung mit dem Ziel des Erwerbs der Hochschulreife zu bieten. Für den ersten Schritt in diese Richtung benötigen die Betroffenen finanzielle Unterstützung des Staates. Denn dieser erste Schritt ist für den betroffenen Personenkreis typischerweise mit erheblichen Hemmnissen und

Risiken verbunden (z.B. Aufgabe des gesicherten Arbeitsplatzes; Gefahr des Scheiterns an der Schule und die damit verbundene Angst, keinen gleichwertigen Arbeitsplatz mehr zu finden; Verlust des eigenen regelmäßigen Einkommens; ungeklärte Finanzierung des Unterhalts), sodass eine finanzielle Absicherung erforderlich erscheint.

Würde den Absolventen einer Berufsausbildung noch eine zusätzliche Berufstätigkeit abverlangt, bevor sie in den Genuss des elternunabhängigen BAföG gelangen könnten, würde dies die Gesamtausbildungszeit verlängern – ein Ergebnis, das allen politischen Forderungen nach Verkürzung von Ausbildungszeiten und früherem Einstieg insbesondere von Akademikern in das Erwerbsleben diametral zuwiderläuft. ...“²

Über die am 21. Mai 2007 im Bundestag durchgeführte Anhörung zur BAföG-Reform informierten die Akzente in der letzten Ausgabe. Die BAföG-Berichterstatterin und frühere Bundesministerin Renate Schmidt berichtete dem VLB von einer breiten Ablehnung der Verschlechterung beim elternunabhängigen BAföG für Berufsoberschüler und Kollegiaten in Ihrer Partei. So ist unsere Hoffnung nicht unbegründet, dass im weiteren Gesetzgebungsverfahren im Herbst dieses Jahres das elternunabhängige BAföG für unsere Berufsoberschüler und Kollegiaten nicht nur für ein weiteres Jahr erhalten bleibt.

Insgesamt war dies ein Lehrstück effizienter gemeinsamer Lobbyarbeit, mit der die geplante massive Einschränkung der BAföG-Förderung unserer BOS-Schüler erheblich abgeschwächt wurde und vielleicht sogar ganz verhindert wird. Der Vorstand des VLB wird sich weiterhin nachhaltig für die Berufliche Oberschule, für die dort beschäftigten Kolleginnen und Kollegen und – wie in diesem Artikel dargestellt – letztlich auch für die Belange der Schülerinnen und Schüler dieser Schulart einsetzen. <

¹ Stellungnahme des Beirats für Ausbildungsförderung vom 19.01.2007

² Bundestagsdrucksache 16/5172, Anhang 2, Stellungnahme des Bundesrates



Beitragsenkung!
Die Beiträge sind nicht nur günstig. Beamtinnen und Beamte in Ausbildung zahlen ab 1.8.2007 sogar noch weniger für Vision B – und das mit einer Beitragsgarantie bis 1.1.2009.
Z. B. Beamtin auf Widerruf
(21-25 Jahre) 44,74 EUR, (26-38 Jahre) 49,28 EUR

Wenn ich einen erfolgreichen Start ins Lehramt versichern könnte:

Vision B – die private Krankenversicherung für Beihilfeberechtigte

Für mich als Berufseinsteigerin ist eine gute Krankenversicherung die wichtigste Vorsorge. Mit der Krankenversicherung Vision B von der DBV-Winterthur bin ich Privatpatient. Die DBV-Winterthur bietet mir vertraglich garantierte medizinische Dienstleistungen und umfassenden Krankenversicherungsschutz sowie eine optimale Ergänzung meiner Beihilfe. Auch gibt es Beitragsrückerstattungen auf hohem Niveau. Und dies sogar bei Inanspruchnahme von Vorsorgeuntersuchungen.

Bei der DBV-Winterthur fühle ich mich so richtig gut aufgehoben!

Bitte senden Sie mir Informationen über Vision B, die private Krankenversicherung der DBV-Winterthur:

Ich bin Beamtin / Beamter auf Widerruf.

Name	Vorname
_____ Straße, Hausnummer	_____ PLZ, Ort
_____ Telefon dienstlich/privat	_____ Geburtsdatum

Wir versichern Ihnen, dass wir Ihre Angaben nur für interne Zwecke speichern.

VLB Akzente 08/07

DBV-Winterthur
Versicherungen
234 Bereich Service
Frankfurter Straße 90
65178 Wiesbaden
Tel.: 01803 335346*
Fax: 01803 202147*
www.dbv-winterthur.de

*9 Cent/Minute

DBV-winterthur

Übrigens:
Das dbb vorsorgewerk
empfiehlt die
DBV-Winterthur!

„Lernschwierigkeiten nicht nur als Bildungsproblem betrachten“

PETER THIEL

Meine Bücherregale sind voll und ich habe mir vorgenommen mit dem Neuerwerb von Literatur künftig zurückhaltend zu sein. Hin und wieder jedoch werde ich diesem Vorsatz untreu. So wie kürzlich, als ich in der Buchhandlung auf ein kleines, eher schlicht aufgemachtes Büchlein aufmerksam werde, das den Titel „Lob der Schule“ trägt. Da schau her, Lob der Schule! Bei den vielen negativen Schlagzeilen, welche die Schule heute wegstecken muss, wohl mal was anderes? Ich blättere ein wenig in den 140 Seiten, dann geht's zur Kasse.

Der Autor ist mir bekannt, das beeinflusst die Kaufentscheidung natürlich auch: Es handelt sich um jenen Professor Dr. Joachim Bauer – Mediziner an der Uni Freiburg – den der Verband schon wiederholt als Referent gewonnen hatte, wenn es um die Themen „Lehrergesundheit“ und „Burn-out“ ging. Als Psychotherapeut beschäftigt sich Bauer auch mit neurobiologischen Zusammenhängen und mit deren Bedeutung für das Lernen, wie der Klappentext des Büchleins verrät. Überdies ist er Leiter des Münchener Instituts für Gesundheit in pädagogischen Berufen und wissenschaftlicher Leiter eines von der Bundesregierung geförderten Schulprojektes in Südbaden.

Ein Mediziner also schreibt über die Schule. Das mag irritieren, doch nur auf den ersten Blick: Zum einen ist der Autor – wie wir gesehen haben – hinlänglich mit dem Thema befasst; zum anderen aber tut es gut, wenn die Problemlage auch mal von außen und ohne persönliche Betroffenheit betrachtet wird.

Ein Sachbuch – mit Herzblut geschrieben

„Dieses Buch ist keine Bekenntnisschrift, sondern ein Sachbuch“,

schreibt der Autor. Aber auch Sachbücher können mit Herzblut geschrieben sein. Da die kleine Ausgabe sehr lesefreundlich gestaltet und trotz der anspruchsvollen Thematik gut verständlich geschrieben ist, verschlinge ich die 140 Seiten in kurzer Zeit und entschieße mich zu einer Leseempfehlung. Ich glaube, dass Bauers Betrachtungsweise einem größeren Kreise zugänglich gemacht werden sollte, weil sie einen wertvollen Beitrag zur Diskussion um die bessere Schule leisten kann.

Ein Kind ist kein Aktenordner

„In der Schule geht es um Köpfe, um Geist, Kreativität, Motivation und um ein kooperatives Miteinander, das heißt um dynamische Phänomene, die allesamt eine neurobiologische Grundlage haben. Gibt es also eine Neurobiologie der Schule?“ fragt der Autor. Ja, die gibt es! „Ein Kind ist kein Aktenordner, in den man Wissensinhalte Blatt für Blatt einheften kann, sondern ein Lebewesen, dessen Erleben und Verhalten neurobiologischen Grundregeln und Abläufen unterworfen ist“. In besonders starkem Maße abhängig von solchen Abläufen ist die Lernmotivation. Das ist einer der Hauptaspekte des Buches, welcher sich wie ein roter Faden durch die Kapitel zieht. „Zu den fatalen Irrtümern unserer Zeit“, schreibt Bauer, „zählt die Auffassung, das Verhalten von Menschen sei im Wesentlichen bereits durch seine Gene determiniert, weshalb äußere Faktoren nur wenig ausrichten können“.

Der Irrtum bestehe darin, Kinder und Jugendliche als biologische Selbstläufer zu betrachten, deren Entwicklung von einem genetischen Programm gesteuert werde und deren Gedeihen gesichert sei, wenn man in ausreichendem Maße für Unterkunft, Hygiene und Ernährung Sorge. Seien

diese Voraussetzungen erfüllt, müsse man nur noch darüber informieren, wie die Welt funktioniert. Das nenne man dann Bildung.

Der Lehrer als Beziehungsexperte

Ein weiterer Aspekt ist die Bedeutung der zwischenmenschlichen Beziehungen für das Lernen. Der Lehrer als Beziehungsexperte sozusagen! Bauer schreibt: „Wo zwischenmenschliche Interaktionen im Spiel sind, geht es immer auch um Neurobiologie. Alles was Menschen in Beziehungen erleben, wird vom Gehirn in biologische Signale verwandelt, wirkt sich auf die Biologie und Leistungsfähigkeit unseres Körper aus und beeinflusst unser Verhalten, was dann wiederum Rückwirkungen auf unsere Beziehungen hat“.

Welches zwischenmenschliche Erleben führt in Gehirn und Körper zu optimaler geistiger Entwicklung? „Kinder brauchen persönliche Bindungen zu Bezugspersonen um ihre Motivationssysteme zu entfalten“, erklärt Bauer. Die nötigen Bindungen entstehen, indem man Kindern von der ersten Stunde ihres Daseins an mit Einfühlung (Empathie) begegnet. Dabei laufen komplizierte Prozesse über sog. Spiegelneuronen ab. Kurzum: Was Kinder in ihrem privaten und sozialen Umfeld außerhalb der Schule erlebt haben und noch erleben, hat neurobiologische Folgen, welche die Bildungspotentiale massiv beeinflussen können. „Wir müssen uns klar vor Augen halten, dass die Frage, ob ein Kind in der Schule Erfolg hat oder nicht, zumindest mit gleichem Anteil außerhalb der Schule entschieden wird“, schreibt der Autor. Der Einfluss von guten oder schlechten Beziehungen gehe lebenslang weiter, die Formbarkeit des Gehirns ende nicht mit der Kindheit oder der Jugend.

Lernen ist immer möglich

Diese Tatsache eröffnet denjenigen, die in die Jahre gekommen sind, einen Lichtblick: Effektives Lernen ist also auch Älteren möglich und die Volksweisheit, nach der Hans nicht mehr lernt, was Hänschen nicht gelernt hat, erweist sich als Irrlehre.

Auch ein anderes Sprichwort erfährt eine starke Einschränkung: „Nicht für die Schule lernen wir, sondern für das Leben“. So predigt man es Kindern, wenn sie zum schulischen Lernen „keinen Bock“ haben. Der Autor aber beweist, welche Bedeutung eine intakte Beziehung zu Eltern, Lehrern und anderen Autoritäten auf die Lernmotivation hat und was die sog. Resonanz an Lerneifer auslöst. „Sinn erhalten Kinder und Jugendliche nur von Personen, mit denen sie konkrete Erfahrungen machen können, von Menschen, die sich ihnen zuwenden und die – weil sie an sie (die Kinder) glauben – von ihnen auch etwas fordern“, meint der Autor.

„Sieben Perspektiven für Schüler, Lehrer und Eltern“

Äußerst kritisch setzt sich Bauer auch mit dem Kinder-Fernsehen auseinander und stimmt hinsichtlich des Risikos mit Prof. Dr. Manfred Spitzer überein, der als einer der führenden deutschen Hirnforscher gilt: „Kinder mit hohem Fernsehkonsum in den ersten Lebensjahren zeigen eine stärkere Tendenz, ein Aufmerksamkeits-Hyperaktivitäts-Syndrom (ADAS) zu entwickeln“. Über die Häufung und Auswirkung dieses Phänomens können Lehrkräfte bekanntlich ein Lied singen.

„Sieben Perspektiven für Schüler, Lehrer und Eltern“ nennt Bauer sein Buch im Untertitel und bezieht die gesellschaftliche Position der Lehrer, die Lehrerbildung und die Rolle der Eltern in seine Betrachtungen ein.

Schauen wir nochmals auf den Buchtitel: Der Autor lobt die deutlich erkennbaren Bemühungen der Schule und spricht den Lehrern Mut zu, kritisiert aber die Rahmenbedingungen, rückständige Positionen bei der Beurteilung von Lernvorgängen und Lernmotivation sowie den mangelnden gesellschaftlichen Respekt vor der Lehrarbeit. Es klingt wie ein Fazit, wenn er eher vorsichtig wirkend andeutet: „Vielleicht sollten wir die Lernschwierigkeiten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland nicht nur als ein Bildungsproblem betrachten,

auch wenn wir ein solches haben. Vielleicht aber handelt es sich zugleich um mehr“.

Ich bin durch und lege das Büchlein beiseite. Man kann es durchaus zweimal lesen; beim zweiten Durchgang

streiche ich mir treffende Zitate an. Einige davon sind in der Folge abgedruckt. Sie zur Kenntnis zu nehmen ersetzt die Lektüre des Buches freilich nicht. Erschienen ist es übrigens bei Hoffman und Campe, Hamburg. <

Nachdenkenswertes im Telegrammstil: Zitate von Joachim Bauer*

„Die Entdeckung der neurobiologischen Zentren, die für Lebenswillen, Energie, Motivation und Lust an Leistung sorgen, liegt erst wenige Jahre zurück“.

„Die Entwicklung des Systems Schule braucht vor allem erfahrene und souveräne Lehrkräfte, die ihre Schülerinnen und Schüler mögen und die in der Lage sind, in der ‚Manege Klassenzimmer‘ zu bestehen.“

„Knapp 10 Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs verlassen die Schule alljährlich ohne Abschluss. Bei diesen jungen Leuten – aber auch bei vielen mit Schulabschluss – sind die zehn oder mehr Jahre ihrer Schulzeit abgetropft wie Wasser an einer Teflonschicht“.

„Studien zeigen, dass soziale Ausgrenzung oder Isolation Gene im Bereich der Motivationssysteme inaktivieren“.

„Nur dort, wo sich Bezugspersonen für das einzelne Kind interessieren, kommt es in diesem zu einem Gefühl, das ihm eine Bedeutung zukommt, dass das Leben einen Sinn hat und dass es sich deshalb lohnt, sich für Ziele anzustrengen“.

„Wenn Kinder und Jugendliche das Gefühl haben, nicht als Person wahrgenommen, gefordert und gefördert zu werden und es vermischen, für andere Menschen bedeutsam zu sein, dann kommt es bei ihnen – aus einer unausweichlichen neurobiologischen Logik heraus – zu einem dramatischen Anstieg des Suchtrisikos“.

„Identitätslose Unangreifbarkeit auf Kosten persönlicher Eigenart ist der Totengräber jeglicher Bildung und Erziehung“.

„Das menschliche Gehirn bewertet zugefügten körperlichen Schmerz auf die gleiche Weise wie soziale Ausgrenzung oder Demütigung, was zur Folge hat, dass beides – physischer und psychischer Schmerz – mit Aggression beantwortet wird“.

„Schulen sind weder die Quelle noch die Ursache für das bei Jugendlichen zu beobachtende Aggressions- und Gewaltpotential. Sie sind jedoch das Terrain, auf dem es ausgelebt wird. Umso wichtiger ist aber, dass Schulen das Gefühl von Jugendlichen, ausgesondert zu sein, nicht noch weiter verstärken“.

„Wer unsere Schulen attraktiver gestalten will, muss sie mit Musik und Bewegung anreichern“.

„Wer die Ganztagschule als eine Verlängerung jenes an Wahnsinn grenzenden Verschleißprozesses konzipiert, der uns bereits in den Halbtagschulen begegnet, wird dazu beitragen, dass unser Schulsystem vollständig an die Wand gefahren wird“.

„Der bedeutendste Beitrag, den Lehrerinnen und Lehrer zur Kollegialität und zur gegenseitigen Unterstützung leisten können, besteht darin, anzuerkennen, dass es nicht nur eine, sondern mehrere Arten gibt, ein guter Lehrer zu sein“.

„Was Lehrer krank macht ist ihr Einzelkämpfertum“.

„Die Evaluation von Schulen muss eine Evaluation in den Schulen sein, und sie muss sich gegen das hysterische Theater behaupten, das Großorganisationen wie die OECD veranstaltet haben und weiter veranstalten werden“.

* Die Auswahl aus der Vielzahl treffender Aussagen viel mir nicht leicht (PT).

Erfolgreiches Projekt zur Integration:

Integration in aller Munde?

SABINE DIETLMEIER

Eine Fachklasse für Kaufleute im Einzelhandel an der Beruflichen Schule 6 der Stadt Nürnberg gewann im Juli 2006 den ersten Preis für ihre Schulart beim Wettbewerb des Schulreferates der Stadt Nürnberg mit dem Jahresthema „Integration – wir sind verschieden – gemeinsam lernen wir erfolgreich“ (vgl. Abb. 3). Während die Vorbereitung, die Durchführung und nicht zuletzt die Dokumentation des vorgelegten Projektes knapp ein halbes Schuljahr in Anspruch nahm, blieb – durch die Terminierung der Preisverleihung am Schuljahresende – kaum Zeit zum Feiern. Mit Beginn des neuen Schuljahres hatte zuerst die Bearbeitung der Inhalte der 12. Jahrgangsstufe und dann die Vorbereitung auf die Abschlussprüfung oberste Priorität. Erst nachdem der Abschluss der Ausbildung am Ende des Schuljahres 2006/2007 erfolgreich bewältigt war, wurde die Erinnerung an den Wettbewerb wach. Für die Schülerinnen und Schüler war dies nahe liegend, weil jetzt das Preisgeld in Höhe von immerhin 500,00 Euro für einen schönen Abschlussausflug Verwendung fand.

Nicht nur für die Projektinitiatorin und Autorin der Projektdokumentation, sondern auch für Kolleginnen und Kollegen, die das im Sinne der Nachhaltigkeit in fünf Unterrichtseinheiten dokumentierte Projekt einsetzen möchten, steht die Frage im Vordergrund ob die Durchführung des Projektes den gewünschten Erfolge erzielte.

Dazu eine Rückschau auf Intention, Konzeption und Verlauf des Projektes:

Die Intention

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um Integration in Deutschland und der Suche nach Möglichkeiten diese voranzutreiben, ist die Schule einer der meist geeigneten Orte, sich mit diesem Thema auseinander zu set-

zen und sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Lehrerinnen und Lehrer gleichermaßen interessant.

Wie sich herausstellte hatten in der aus 30 Schülerinnen und Schülern bestehenden Projektklasse 20 einen Migrationshintergrund. Dazu zählten

Die erfolgreichen Schüler.



auch einige Schülerinnen und Schüler, die aus den neuen Bundesländern kommen und – wie sich überraschenderweise in Diskussionen herausstellte – mit der Integration in den örtlichen Kultur- und Sprachraum kämpfen.

Mangelnde Integration betrifft jedoch nicht nur – oder nur vorzugsweise – Personen mit Migrationshintergrund. Ebenso betroffen sind Einzeltäter oder Außenseiter in der Klasse.

Auf der Ebene der Klassengemeinschaften muss es daher darum gehen, Ausgrenzungen und Vorurteile oder gar Diskriminierungen zu thematisieren und diese wenn nötig abzubauen. Verbesserte Integration kann jedoch nicht verordnet, wohl aber angeregt und die erarbeiteten Umsetzungsvorschläge überwacht werden.

Dazu müssen sich die Schülerinnen und Schüler über die Ursachen mangelnder Integration bewusst werden. Dies ist nur möglich, wenn sich die Schülerinnen und Schüler gut ken-

nen gelernt haben, und zwar über die oberflächliche Kommunikation hinaus, mit all ihren Schwierigkeiten und persönlichen Werdegängen. Nur so können sie Verständnis und Respekt füreinander entwickeln, die wichtigste Voraussetzung für eine integrative Gesellschaft. An genau diesem Punkt setzt das durchgeführte Projekt in den ersten fünf Schritten an, in denen sich die Schülerinnen und Schüler miteinander intensiv auseinander setzen.

Mit einer kritischen Reflexion der Symptome mangelnder Integration sowie deren Verbesserungsmöglichkeiten und der Frage nach der Bedeutung einer integrativen Klassengemeinschaft für das gemeinsame Lernen schließt das Projekt ab und kommt zu seinem Ausgangspunkt „Gemeinsam lernen wir erfolgreich“ zurück.

Die Konzeption

Das Projekt wurde für das Fach Deutsch an beruflichen Schulen konzipiert. Es ist mit einem Zeitbedarf von 16 Unterrichtsstunden zu rechnen. Die Umsetzung erfolgte in insgesamt sechs Projektschritten (vgl. Abb. 1). Zu jedem Projektschritt wurden Einstiege, Texte und Handlungsanweisungen von der Projektinitiatorin erarbeitet und den Schülerinnen und Schülern sukzessive bereitgestellt. Um die Wiederholbarkeit und damit die Nachhaltigkeit zu gewährleisten wurde der Projektablauf in Unterrichtsverläufen, die durch me-

thodische Hinweisen und erreichbare Zielangaben ergänzt sind, detailliert dokumentiert.

Der Projektverlauf

Im Einzelnen hatten die Projektschritte folgende Inhalte und Ergebnisse (vgl. Abb. 2).

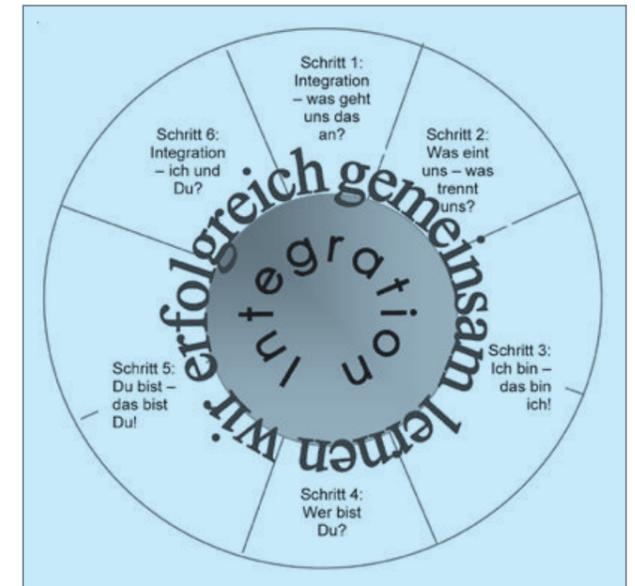
Erster Projektschritt

Um Interesse für das Thema zu wecken beschäftigten sich die Schülerinnen und Schüler mit der Kurzgeschichte „Der gelbe Junge“ von Peter Härtling, die Diskriminierung, Ausgrenzung, Intoleranz und den Weg zur Integration des Protagonisten zum Inhalt hat. Daraus entwickelte sich schnell eine Diskussion, bei der viele Schülerinnen und Schüler bereits eigene ähnliche Erfahrungen schilderten. Die Frage und gleichzeitig der Arbeitstitel der Unterrichtseinheit „Integration – was geht uns das an?“ beantwortete sich wie von selbst. Die Ergebnisse der Textarbeit wurden von den Schülerinnen und Schülern in Kurzreferaten präsentiert. Neben diesen wurden im Rahmen des Deutschunterrichts die Themen Kurzgeschichte und Literaturarbeit abgedeckt. Für die Unterrichtseinheit wurden 90 Minuten benötigt.

Zweiter Projektschritt

Anknüpfend an die Kurzgeschichte der vorangegangenen Unterrichtseinheit versuchten die Schülerinnen und Schüler vorhandene Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten in der Klasse anhand eines Gruppenarbeitsauftrages mit dem Arbeitstitel „Was eint uns – was trennt uns?“ aufzudecken. In der zur Erarbeitung der Gruppenleistung notwendigen Diskussion wurden sich die Schülerinnen und Schüler über die Ursachen mangelnder bzw. gelungener Integration bewusst. Diese Unterrichtseinheit hatte ein Plakat zum Ergebnis, das aus der Zusammenfassung themengleicher Gruppenarbeiten entstanden ist und zur Überprüfung des weiteren Projektfortschritts im Klassenraum ausgehängt wurde. In 90 Minuten wurde das Thema Argumentation des Deutschunterrichts für berufliche Schulen praktisch umgesetzt.

Abbildung 1: Projektschritte und Unterrichtseinheiten. Jedes Segment entspricht einer Unterrichtseinheit mit je 90 Minuten.



Dritter Projektschritt

Die erklärte Voraussetzung für eine Integration aller Schülerinnen und Schüler einer Klasse war der Abbau von Vorurteilen und Berührungsängsten. Um ein dazu nötiges und besseres kennen lernen aller Klassenmitglieder untereinander zu erreichen fertigten alle Schülerinnen und Schüler je einen Steckbrief über die eigene Person mit dem Titel „Ich bin – das bin ich!“ an. Neben den allgemeinen Daten, wie in einem Lebenslauf, wurden hier auch

sehr persönliche Umstände und Lebensereignisse thematisiert.

Die Hemmschwelle sich zu offenbaren wurde durch die Vergabe von Pseudonymen gebrochen. Um ähnliche Ergebnisse zu erzielen wurde vorab im Klassenverband eine Mind-Map erstellt, in der die im Steckbrief anzusprechenden Aspekte gesammelt wurden. Neben dem Deutschthema „Lebenslauf“, wurde die Mind-Map als Arbeitstechnik vermittelt und die Anforderung an eine integrative Ver-

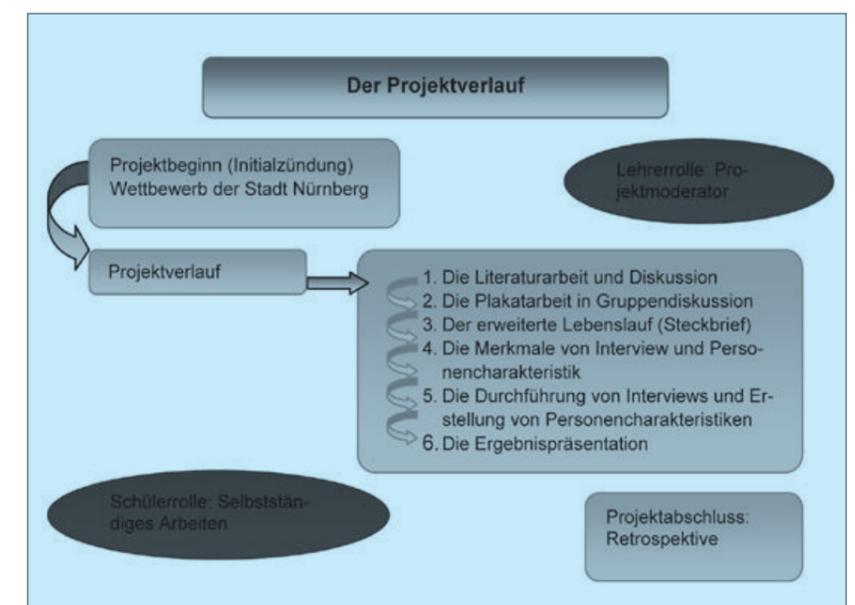


Abbildung 2: Der Projektverlauf und seine Inhalte.

mittlung der Datenverarbeitung durch den Einsatz eines Textverarbeitungsprogramms zur Erstellung des Steckbriefes erfüllt. Der Zeitbedarf lag bei 180 Minuten.

Vierter Projektschritt

Die fertigen Steckbriefe wurden vielfältig und jedem Klassenmitglied zum Lesen zur Verfügung gestellt. Allein mit dieser Information war jedoch die Themenstellung „Wer bist Du?“ noch nicht geklärt. Um sich eingehender mit der Persönlichkeit einer Mitschülerin oder eines Mitschülers zu beschäftigen, erlernten die Schülerinnen und Schüler wesentliche Merkmale der Personencharakteristik und der Interviewtechnik kennen, um diese im folgenden Schritt selbst anzuwenden. Neben typischen Inhalten des Deutschunterrichts an beruflichen Schulen ergab sich durch die Vorbereitung und die spätere Durchführung von Interviews ein Synergieeffekt zum Thema Kundenbefragung, einem der Unterrichtsinhalte des Lernfelds 12 des Rahmenlehrplans für Kaufleute im Einzelhandel. Die Unterrichtseinheit erforderte 90 Minuten.

Fünfter Projektschritt

Gegenseitiges Verständnis und Respekt füreinander entwickelten die Schülerinnen und Schülerinnen bei der Durchführung und der Dokumentation der Interviews. Die Zuteilung der Interviewpartnerin bzw. des Interviewpartners erfolgte im Losverfahren. Aufgrund der Steckbriefe und der Interviews erarbeitete jede Schülerin und jeder Schüler eine Personencharakteristik unter dem Arbeitstitel „Du bist – das bist Du!“. Die Ergebnisse waren teilweise überraschend feinfühlig und wurden wiederum allen Schülerinnen und Schülern zum Lesen zur Verfügung gestellt. So gelang eine Sichtweise vom eigenen „Ich“, dokumentiert im Steckbrief des dritten Projektschrittes zum „Du“, dargestellt in den jetzt erstellten Personenbeschreibungen. Die Anfertigung der Personenbeschreibung erfolgte mit einem Textverarbeitungsprogramm und integrierte damit Datenverarbeitungsinhalte im Fach Deutsch. Es wur-

den 180 Minuten Unterrichtszeit benötigt.

Sechster Projektschritt

Am Ende standen die Fragestellungen nach den Symptomen mangelnder Integration sowie deren Verbesserungsmöglichkeiten und nicht zuletzt nach der Bedeutung einer integrativen Klassengemeinschaft für das gemeinsame Lernen.

Diese wurden aufgrund einer diesbezüglichen Handlungsanweisung in Gruppen geklärt. Als Ergebnis entstanden neun Gruppenplakate mit zusammenfassenden Ergebnissen, die in Kurzreferaten präsentiert und anschließend diskutiert wurden. In 90 Minuten wurde im Rahmen des Deutschunterrichts die Anforderung Präsentation und Kurzreferat erfüllt.

Die Retrospektive

Im Rückblick auf das Thema „Integration – wir sind verschieden – gemeinsam lernen wir erfolgreich“ ist das Lernen an sich ohne Zweifel gelungen. Alle Projektteilnehmerinnen und Teilnehmer haben am Ende der 12. Jahrgangsstufe die Abschlussprüfung zur Kauffrau bzw. zum Kaufmann im Einzelhandel erfolgreich bestanden. Das Ergebnis steht also außer Frage. In Bezug auf das in der 11. Jahrgangsstufe durchgeführte Integrationsprojekt ist jedoch nicht das Erreichen des Ziels interessant, sondern der Weg dorthin.

Nach erneuter Thematisierung des gemeinsamen Lernens im Sinne des Integrationsprojektes kam es in der Projektklasse am Ende der 12. Jahrgangsstufe zu Aussagen, die unabhängig von der Reliabilität des Projektes höchst erfreulich sind: So versicherten die Schülerinnen und Schüler, dass in der Klasse Vorurteile und Abwehrhaltungen im Vergleich zu vorher erlebten Klassen deutlich weniger ausgeprägt waren. Sie gestanden gleichermaßen ein, dass sie selbst diese Haltungen weniger transportierten, als sie es in vorangegangenen Jahrgangsstufen getan hätten. Alle Schülerinnen und Schüler bestätigten, dass sie sich in der Klasse gut aufgehoben und von Mitschülern jederzeit un-

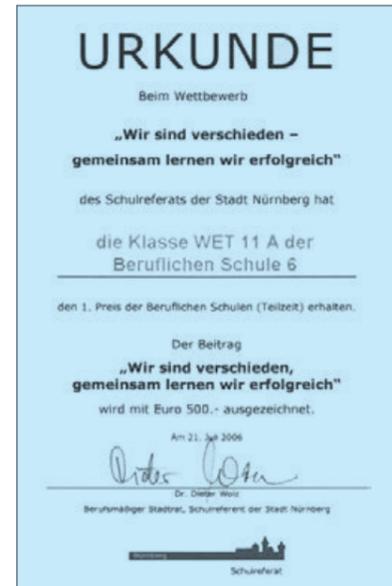


Abbildung 3: Wettbewerbsurkunde.

terstützt fühlten. Dies ließ sich deutlich bei der sehr harmonischen Erarbeitung von Unterrichtsinhalten in handlungsorientierten Projekten und Gruppenarbeiten beobachten, wobei gemeinsames Arbeiten unverzichtbar war. Auch die Vorbereitung auf die Abschlussprüfung wurde von den Schülerinnen und Schülern anhand von bereitgestellten Arbeitsaufträgen so durchgeführt, dass leistungsstarke Schülerinnen und Schüler leistungsschwächere unterstützten. In organisatorischer Hinsicht äußerte sich diese gegenseitige Verantwortung füreinander darin, dass Schülerinnen und Schüler mit Unterrichtsversäumnissen jederzeit gut versorgt mit den in der versäumten Unterrichtszeit verteilten Unterrichtsmaterialien und bestens informiert über anstehende Termine an darauf folgenden Unterrichtstagen wieder erschienen.

Kritisch beleuchtet kann dies auch auf die Klasseleitung, die homogene Zusammensetzung der Gruppe oder auf einige besonders integrative Persönlichkeiten in der Klasse zurückzuführen sein.

Unbestritten jedoch hat durch die Durchführung des Projektes eine Auseinandersetzung mit dem Thema Integration stattgefunden und zu vielen Denkanstößen und Erkenntnissen über die eigene Person, wie auch die

anderen Klassenmitglieder geführt, die eine solche Gemeinschaft begünstigen. Dies gilt im Übrigen nicht nur für die Schülerinnen und Schüler. Auch als Lehrerin oder Lehrer darf man auf diese Weise sehr viel von seinen Schülerinnen und Schülern erfahren, was die Möglichkeit zur Optimierung der Zusammenarbeit eröffnet.

Schon im Projektverlauf, war eine zunehmende Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler zu spüren, die – wenn auch unter Pseudonym –

sehr viel von sich preisgeben mussten. Sich zu öffnen erfordert Mut von den Schülerinnen und Schülern aber auch von der Lehrkraft, die das Projekt in Angriff nimmt.

Vielleicht ist der Mut der entscheidende Gesichtspunkt für das Gelingen und den Erfolg dieses Projektes.

Mut schafft Erfolg und Erfolg schafft Vertrauen in sich und andere, eine wesentliche Grundlage dafür zu integrieren und Integration zuzulassen – egal von welcher Seite. <

Scheinfelder Berufsschulzentrum feierte Abschluss des fünfjährigen Versuchs „MODUS21“:

MODUS-Funke entzündet das bsz-[scheinfeld]

SEBASTIAN SCHAAR

„MODUS macht Feuer, MODUS hat Glut, MODUS greift über, MODUS ist gut“, hieß es in dem selbst verfassten Rap eines Schülers des bsz-[scheinfeld] bei der Abschlussveranstaltung des Modellversuches „MODUS21“.

Als vollen Erfolg wurde der fünfjährige Modellversuch „MODUS21“ am bsz verbucht. Fünf Jahre lang durf-

ten die Schüler tüfteln und testen, die Schule und Schulleitung besondere Freiräume genießen. Das von der Stiftung „Bildungspakt Bayern“ mitgetragene Modus-Projekt lief an insgesamt 44 bayerischen Schulen und endet mit diesem Schuljahr.

„Wir hatten in dieser Zeit unheimlich viel Freiraum“, lobte eine Schülerin des bsz-[scheinfeld] die Modellphase. Gemeinsam mit anderen Schülerinnen stellte sie in einem Informa-

tionskarrussell die Veränderungen in der Schule durch MODUS21 dar. Hier erfuhr der Besucher, dass eine freie Beschulung durch den sogenannten bb-[zug] stattgefunden hat, die Schule mit Schülern und Eltern Ausbildungsvereinbarungen trifft, soziale Projekte im Lebensfeld der Schüler stattfinden und Schülerinnen des bsz für das örtliche Gymnasium als Lehrer fungierten. Insgesamt hat uns diese Unterrichtsform sehr gefallen und viel für unser Selbstbewusstsein gebracht, resümiert eine weitere Schülerin des bsz.

Gelobt wurde der Modellversuch an der Scheinfelder Schule auch von Monika Florian, die den Bildungspakt Bayern bei der Abschlussveranstaltung vertrat. Der Modellversuch habe „einen richtigen Ruck in der bayerischen Schullandschaft ausgelöst“, so Florian. Aus den Lehranstalten hätten sich „lernende Organisationen“ entwickelt. „MODUS21“ sei ein erster, großer Schritt in Richtung einer „Reform von unten“. Nicht nur, dass die Leistungen der Schüler messbar gestiegen seien, auch die Berufszufriedenheit der Lehrer sei höher, die schulinterne Kommunikation besser und das Selbstbewusstsein der Schüler höher, führte Florian unter anderem aus.

Auch künftig will die Schule auf einen Großteil der Errungenschaften von „MODUS21“ nicht verzichten.



Ließ den Funken überspringen – der Modus Rap.



Abschlussdiskussion mit Monika Florian und Prof. Uwe Fassauer (Mitte).



Schülerinnen und Schulleiterin Irmgard Kornprobst bei der Präsentation von Ergebnissen.

Schulleiterin Irmgard Kornprobst lag insbesondere die Freiheiten am Herzen, die den MODUS-Schulen im Zuge des Modellversuches eingeräumt wurden. Neben den Möglichkeiten, ganz neue Unterrichtsmethoden auszuprobieren gewährte „MODUS21“ den Schulen auch eine gewisse Verfügungsgewalt über ihr Sachbudget und bot zusätzliche Geldmittel an, um Experten von außerhalb – zum Nutzen von Lehrern und Schülern – an die Schule zu holen.

Zig Ideen der MODUS-Schulen, darunter auch einige des bsz, sind noch während der Laufzeit des Modellversuches in einen Kanon des bayerischen Kultusministeriums aufgenommen worden, der allen Schulen, zur Verfügung steht.

Das Modus-Projekt wurde unter verschiedenen Aspekten wissenschaftlich begleitet. Nicht ungefähr war Professor Uwe Fasshauer von der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd bei der Abschlussveranstaltung anwesend. Ferner war das MODUS-Projekt auch Gegenstand einer Studie der Universität Erlangen-Nürnberg. Deren Ergebnisse liegen dem bsz seit kurzem vor; sie bestätigen der Scheinfelder Schule in vielen Bereichen eine überdurchschnittliche positive Einstellung und Entwicklung.

Am bsz-[scheinfeld] sind inzwischen fast alle MODUS21-Maßnahmen, die für den beruflichen Bereich geeignet sind, selbstverständlicher Bestandteil der schulischen Arbeit. Sie wurden an unseren MODUS21-Tagen in vielen Arbeitsgruppen gemeinsam



Bayerische Aufbauhilfe in Afrika:

Mission Mosambik

PETER LEHNFELD

Der Besuch einer Delegation aus Mosambik unter der Leitung des Ministers für Erziehung und Kultur bei der bayerischen Staatsregierung im Mai letzten Jahres mit der Bitte um Hilfe beim Aufbau der beruflichen Bildung in seinem Lande erreichte auch die Europaberufsschule Weiden, die sich bereit erklärte, das in ihren Möglichkeiten stehende zu tun, diesem Wunsche nachzukommen. Trotzdem sich zwischenzeitlich die Kompetenzen verändert hatten, machten sich nach einer gehörigen Vorbereitungsphase, zwei Seniorexperten – ein Berufsschulleiter in Freistellung,

von Schülern, Lehrern, Eltern und Praxisgebern erarbeitet und werden auch von allen mitgetragen.

Aber MODUS21 ist mehr als die Liste dieser Maßnahmen. Schüler und Lehrkräfte erleben MODUS21 als einen Prozess, der das Schulleben, die Schulqualität und die Zusammenarbeit aller Gruppen in der Schule nachhaltig positiv prägt.

Ein Beispiel hierfür war die Abschlussveranstaltung, bei der neben einer von Schülern geleiteten Percussion-Gruppe, dem Schülerchor, einem Modus-Rap, dem Informationskarussell durch Schüler die Experten-Talkrunde (mit regionalen Politikern, Vertretern der Praxis und Schulleitung) von Schülern eigenständig moderiert wurde.

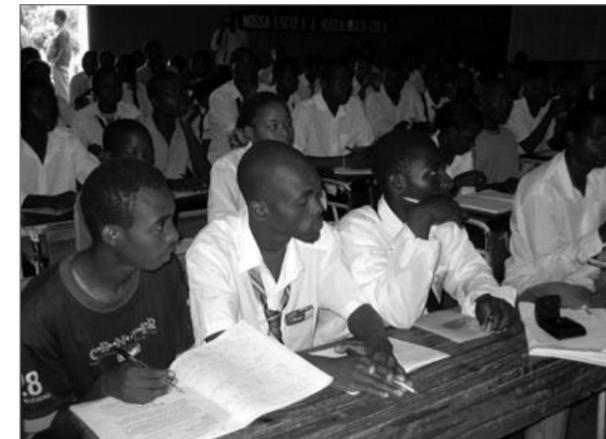
Es wurde sehr deutlich: Die Freiheiten durch MODUS21 motivierten Lehrkräfte und Schüler. Der MODUS-Funke ist auf die Schule übersprungen und hat sie entzündet. Im Rap heißt es abschließend: „MODUS ist Leidenschaft, Temperament. MODUS ist das, was in Scheinfeld gut brennt ...“.

tugiesisch nicht mächtig. Allerdings wird mehr oder weniger gut Englisch gesprochen und manche Mosambikaner sprechen auch Deutsch, das sie in der ehemaligen DDR gelernt haben. Die Begrüßung war überaus freundlich, die Gesprächspartner hochrangig, die Gesprächspartner hochrangig. Gespräche wurden u. a. geführt mit dem Minister für Erziehung und Kultur, Dr. Aires; mit der Arbeitsministerin, Dr. H. Taipo, mit dem Rektor der größten Universität Maputos, Prof. Dr. Couto, mit Vertretern der Wirtschaft und der Banken. Den gesamten Aufenthalt über war die Betreuung hervorragend. Nach drei Tagen in der Hauptstadt Maputo ging es mit dem Flugzeug nach Chimoio. Die Stadt mit 240000 Einwohnern



Beim Gespräch mit dem Minister für Erziehung und Kultur Dr. Aires.

Schüler im Unterricht.



liegt ca. 1400 km nördlich von Maputo in der Provinz Manica, in einem überwiegend ländlich strukturierten Raum. Ein Großteil der Absolventen der dortigen beruflichen Schulen erhält keinen Arbeitsplatz. Der Auftrag war klar: Die drei beruflichen Schulen der Stadt Chimoio zu besuchen und zu „durchleuchten“, um Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten, die berufliche Ausbildung zielgerichteter und effizienter zu gestalten, damit die jungen Leute so ausgebildet werden, dass sie den wirtschaftlichen Erfordernissen fachlich gewachsen sind, Selbstsicherheit gewinnen und damit möglichst den Sprung in die berufliche Selbstständigkeit wagen und bestehen.

Die Aufgabe vor Ort war nicht einfach und die technischen Arbeits-

bedingungen oft schwierig. Sehr hilfsbereit und aufgeschlossen zeigten sich die schon viele Jahre dort tätigen Entwicklungshelfer verschiedener Organisationen. Der Unterschied der Berufsschulen ist gravierend. Die Größte mit ca. 3000 Schülern und 78 Lehrern hat auch die größten Probleme. Ein desolates Schulgebäude mit heruntergekommenen Werkstätten, kaum eine Werkzeugmaschine ist funktionstüchtig, kaum Arbeitsmaterial für die Schüler, keine Schulbücher. Zudem stehen oft wenig gut ausgebildete Lehrer vor den Klassen mit 40 bis 50 Schülern. Lehrer mit einer allgemeinbildenden Ausbildung weigern sich verständlicherweise häufig Praxisunterricht zu erteilen und unterrichten stattdessen z. B. fünf Stunden Biologie in einem me-

talltechnischen Beruf. Die beiden anderen beruflichen Schulen mit je ca. 300 Schülern, guter Führung, relativ guter Ausstattung und mit Internat sind Projektschulen, deren ausländische Unterstützung jedoch 2006 endete bzw. 2007 ausläuft. Trotz dieser unterschiedlichen Schulen, gelang es dem Team am vorletzten Tag des Aufenthaltes dem Ministerium einen Masterplan im Entwurf vorzulegen, der Zustimmung fand. Er wird die Grundlage sein für den Aufbau von technischen Berufsschulen in Mosambik. Zum Dank für die Arbeit lud die Regierung das Team für einige Tage ins Touristenzentrum Inhabane am indischen Ozean ein. Eine bleibende Erinnerung.

Lohnt sich die Mühe aus Bayern?

Wenn Schüler bis zu 15 km täglich zu Fuß zur Schule kommen, zeigt dies Motivation und Leistungswille. Eine Abendschule ist voll ausgelastet. Vor allem viele Mädchen nutzen diese Chance. Wissbegierde, Offenheit und Höflichkeit der afrikanischen Schüler und Studenten begeistern und rechtfertigen jedes Engagement, das den Jugendlichen hilft, aus der Armutsfalle heraus zu kommen. Viele Infos unter: <http://www.die-berater.net>

Landesverband

Aktuelles aus dem GV

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hoffen, Sie haben angenehme, interessante und entspannende Ferien verbracht und die ersten stürmischen Schultage bereits gut überstanden. Wir wünschen Ihnen sowie Ihren Schülerinnen und Schülern ein erfolgreiches Schuljahr 2007/2008.

Leistungsbesoldung

Natürlich lief während der Ferienzeit, auch der Landtag trifft sich erst ab 24. September wieder zu seinen Sitzungen, die Verbandsarbeit nicht auf vollen Touren. Erfahrungsgemäß muss man aber in den Sommermonaten hellwach sein, weil für die Exekutive die Versuchung manchmal groß

ist, gerade in der so genannten ruhigen Zeit das eine oder andere umstrittene Ziel durchsetzen zu wollen.

Unmittelbar vor der Sommerpause hat der GV Ende Juli in einer Klausurtagung die Zeit genutzt, über das Tagesgeschäft hinaus zu blicken und strategische Überlegungen ausführlich und ohne zeitlichen Druck zu diskutieren. Eines der wichtigsten Themen ist dabei sicherlich die neue – und wesentlich wichtigere – Rolle der Länder im Bereich des Dienstrechtes. Ganz konkretes Beispiel ist die Frage: „Was erwartet uns bei der Leistungsbesoldung?“ In den Schulen wächst durch die angestellten Kolleginnen und Kollegen spürbar die Besorgnis über die Konsequenzen einer wie auch immer ausgestalteten leistungsbezogenen Bezahlung. Wer sich aus-

fürlich informieren will, dem empfehle ich die „BBB nachrichten“ vom Juli 2007. Hier finden Sie kompakt und kompetent dargestellt den aktuellen Stand der Diskussion. Die bayerische Landespolitik hat auf jeden Fall zugesagt, bis Mitte 2008 die Eckpunkte einer Leistungsbesoldung für Beamte vorzustellen. Das ist natürlich ein sehr interessantes Datum, wenn man bedenkt, dass im Herbst 2008 die Landtagswahlen stattfinden. Wir sind gespannt, ob man die zeitliche Vorgabe auch tatsächlich einhält. Wir werden es auf jeden Fall konsequent und vehement einfordern! Unabhängig von inhaltlichen Fragen muss man von einem Zeithorizont 2011 bis zur endgültigen Umsetzung einer Leistungsbesoldung ausgehen. Der VLB hat unabhängig davon einen Vorschlag, wie man eine Leistungsbesoldung innerhalb kürzester Zeit realisieren kann: Zeitnahe Beförderung aller Kolleginnen und Kollegen, die oft seit lan-

gem Funktionsaufgaben erfüllen und beförderungsfähig sind. Das ist übrigens auch eine hervorragende Methode zur Motivation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern!

Arbeitskreis „Junge Pädagoginnen & Pädagogen im VLB“

In Sachen Motivation muss sich der GV aber auch an die eigene Nase fassen. Was tun wir eigentlich, um die jungen Verbandsmitglieder zur Mitarbeit im Verband zu motivieren, die nicht mehr im Studium bzw. Referendariat sind? Diese Gruppe integriert sich gerade in die Kollegien, kämpft vielleicht mit Anfangsproblemen und ist in den Kreis- und/oder Bezirksverbänden noch nicht richtig verwurzelt. Gleichwohl haben die jungen Kolleginnen und Kollegen sicherlich neue Ideen, Energie und auch eine Bereitschaft zur Mitarbeit, die bisher nicht richtig genutzt worden ist für den Verband. Das können wir uns aber nicht leisten. Andere Lehrerverbände sind in diesem Punkt weiter und aktiver. Eines der Ziele des GV ist es deshalb, ein Konzept zu entwickeln, wie die jungen Kolleginnen und Kollegen in die aktive Verbandsarbeit integriert werden können. Es macht aber beim besten Willen keinen Sinn, wenn der GV bei dieser Frage sozusagen „im eigenen Saft brät“. Gerade hier ist es unbedingt erforderlich, von Beginn an das Konzept gemeinsam mit „den Jungen“ zu erarbeiten. Ich ermuntere deshalb ausdrücklich alle, die sich angesprochen fühlen, sich direkt an mich oder an die Geschäftsstelle zu wenden, wenn sie mitarbeiten wollen. Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung!

Befragung zur Lehrerversorgung an den beruflichen Schulen in Bayern

Zum Schuljahresende 2006/2007 hat der VLB an allen beruflichen Schulen eine Umfrage zum Thema Lehrerversorgung gestartet. Da bei Redaktionsschluss erst ein Teil der Schulen geantwortet hat, ist eine gesicherte Aussage noch nicht möglich. Rechnet man die bereits vorliegenden Ergebnisse hoch, muss man mit einer Unterversorgung von ca. 8 % – 10 % rechnen.

Der Bildungstreff 2007



8. Christiani Ausbilderinnen- und Ausbildertag in Konstanz*

unter dem Motto:

"Wie sieht die Zukunft der Berufsausbildung aus?"

am 27. und 28. September 2007 in Konstanz

Mit namhaften Referenten aus Bildung und Wirtschaft

Mit 7 Foren zu aktuellen Themen

Mit Fachausstellung

Mit 2 Fachtagungen

Mit Informationsaustausch bei geselliger Abendveranstaltung

Zusammenfassung des Ausbildertages auf CD-ROM

*Neben den Ausbilderinnen und Ausbildern nehmen auch immer mehr Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer an der Veranstaltung teil.

Gleich anmelden! www.christiani-ausbildertag.de

Christiani

Technisches Institut für Aus- und Weiterbildung

Buchungs-Nr. 700550
Pro Person EUR 85,-



Multifunktional und klein.



Der Kompakte

Kleines Raumwunder
Brother DCP-115 C. Der Brother DCP-115 C Multifunktionsdrucker ist ein kompaktes All-round-Talent für zu Hause und das kleine Büro. Mit den Funktionen Drucken, Kopieren, Scannen und der integrierten Speicherkarten-Station hat der Anwender alle für den alltäglichen Bedarf benötigten Geräte in einem vereint.
110 082

61,88 inkl. MWSt

52,-



Der Alleskönner

Schick, Platz sparend und kosteneffizient

Canon PIXMA MP 530. Das Multifunktions-system MP 530 macht überall eine gute Figur. Zusätzlich zur Druck-, Kopier- und Scan-Funktion bietet dieses Modell eine Faxfunktion, ein 2-Zeilen-Display und einen automatischen Dokumenteneinzug für bis zu 30 Blatt.
880 325

199,92 inkl. MWSt

168,-



Der Testsieger

Druck auf höchstem Niveau

Canon PIXMA MP 810. Dank 9.600 x 2.400 dpi Druckauflösung erhalten Sie gestochen scharfe Ausdrücke und Kopien. Auch Ihre Negative und Dias können Sie direkt scannen und drucken. Durch das Easy-Scroll-Rad wird die Bedienung zum Kinderspiel.
116 508

248,71 inkl. MWSt

209,-

Alle Preisangaben Stand 30.07.2007



TECHNIKdirekt.de

business

Telefon: 09 31-9 70 84 56
www.technikdirekt-business.de

Wir werden in der nächsten Ausgabe von vlb-Akzente ausführlich über das Ergebnis der Befragung berichten. Eines kann man bereits jetzt klar und deutlich formulieren: Die beruflichen Schulen haben – die Intensität in den einzelnen Berufsfeldern unterscheidet sich – insgesamt ein erhebliches Nachwuchsproblem.

Schematismus-Neuaufgabe

Die einen warten bereits sehnsüchtig darauf, für die anderen ist er völlig nebensächlich: Der Schematismus.

Wie sich gezeigt hat, ist es gar nicht einfach, überhaupt die richtige Form zu finden. Digital oder auf Papier, das ist die Frage. Nachdem in den Verbandsgremien kein eindeutiges Meinungsbild vorhanden war, hofften wir auf eine Mitgliederbefragung. Dass unsere Gremien auch tatsächlich die Mitglieder repräsentieren zeigte das Ergebnis der Befragung. Auch hier ein Unentschieden: Insgesamt wurden 671 Stimmen abgegeben, davon haben sich 336 Mitglieder für eine CD ausgesprochen, 330 für die traditionelle Buchform und 5 haben sich der Stimme enthalten. Der Hauptvorstand hat daraufhin mit überwältigender Mehrheit eine wahrlich salomonische Entscheidung getroffen: Es wird einen Schematismus in PDF-Format geben. Jeder erhält eine CD, die er sich selbst ausdrucken kann. Darüber hinaus wird zu Werbezwecken eine kleine Auflage in außenwirksamer Form gedruckt. Die Zeitplanung sieht wie folgt aus: Datenerhebung mit Beginn des Schuljahres 2007/2008, Auslieferung Februar/März 2008.

In diesem Sinne ein erfolgreiches Schuljahr 2007/2008 und herzlichen Dank für Ihr persönliches Engagement in unserer Solidargemeinschaft VLB!

Ihr



Programm der kaufmännischen Fachtagung 2007

20. Oktober 2007, Leo-von-Klenze-Schule, Staatliche Berufsschule II, Ingolstadt, Brückenkopf 1

- ab 9.00 Uhr** Beginn der Lehr- und Lernmittelausstellung
- 10.00 Uhr** **Hauptveranstaltung**
Begrüßung
Rudi Keil, Bezirksvorsitzender des VLB in Oberbayern
Alexander Liebel, stellv. Landesvorsitzender des VLB
- 10.15 Uhr** **„Der neue Bachelor-/Master-Studiengang in der Wirtschaftspädagogik“**,
Prof. Dr. Karl Wilbers, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung
- 11.15 Uhr** **„Ihre Anliegen – Unser Auftrag“**
Wolfgang Lambl und Horst Hackel, VLB-Hauptpersonalräte
- 12.15** **Mittagspause / Lernmittelausstellung**
- 13.30 Uhr – 15.00 Uhr** **Arbeitskreise**
- 15.10 Uhr** **Gemeinsamer Ausklang** in der Pausenhalle
Dr. Angelika Rehm, stellv. Landesvorsitzende des VLB
- ca. 15.30 Uhr** Ende der Veranstaltung

Programm der Arbeitskreise

- Fachoberschule/Berufsoberschule, Heinz N. Bayerlein**
Projekte im Wirtschaftsinformatikunterricht
- Wirtschaftsschule, Bernhard Zeller**
Aktuelle Entwicklungen an Wirtschaftsschulen
- Finanzberufe, Werner Kiese**
Unterrichten in Bankfachklassen
- Handelsberufe, Gerhard Hacker**
Die Umsetzung der neuen Lehrpläne im schulischen Alltag
- Büroberufe, Paul Beetz**
Neugestaltung der Büroberufe
- Senioren, Berthold Schulter**
Stand und voraussichtliche Entwicklung des Versorgungsrechts in Bayern – einschließlich der Planungen im Rahmen der anstehenden Dienstrechtsreform in Bayern. Das neue bayerische Beihilferecht. Das Pflegeproblem: Gesetzliche und private Vorsorge
- Personalvertretung, Horst Hackel**
„Ihre Anliegen – Unser Auftrag“
- Dienstrecht, Wolfgang Lambl**
„Raus aus dem Stress?“ Ermäßigungsstunden – Teilzeit – Beurlaubung – Altersteilzeit. Das Referat Dienstrecht informiert über rechtliche Möglichkeiten zur Entlastung
- Referendare, Jürgen Krotter**
Tipps und Tricks für Referendare
- IT-Berufe, Frank Blanke**
Einsatz von Open-Source- und freier Software in der Schule
- MultiVisor Vertrieb, Herr Schuster, Herr Zankl**
Medieneinsatz im Unterricht. Entscheidungshilfen für die Beschaffung und den Einsatz von Beamer. Visuelle und technische Unterschiede zwischen LCD und LPD.

Bezirksverbände

BV Oberfranken

Gedankenaustausch mit oberfränkischen SPD-Landtagsabgeordneten

In der Staatlichen Berufsschule III in Bamberg trafen die beiden Landtagsabgeordneten der SPD, MdL Susann Biedefeld sowie MdL Christa Steiger, und der Bezirksvorstand Oberfranken des VLB unter der Leitung der stellvertretenden Landes- und oberfränkischen Bezirksvorsitzenden Dr. Angelika Rehm zum Gedankenaustausch zusammen. Der Gesprächstermin war anlässlich des Parlamentarischen Abends des VLB zusammen mit der SPD-Landtagsfraktion vereinbart worden. Als erster thematischer Schwerpunkt wurde das Pro-

blem der Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis aufgegriffen. Angesichts der Tatsache, dass im Dezember 2006 in Deutschland 30000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz hatten, ergibt sich die Notwendigkeit, für diese Jugendlichen passende Bildungsangebote bereitzustellen. Hierzu fordert Dr. Rehm, gleichzeitig Schulleiterin der Staatlichen Berufsschule III, den Ausbau des JoA-Angebots an Berufsschulen. Diese sollen endlich einen Status erhalten, der es ihnen ermöglicht, Gelder der Bundesagentur für Arbeit in Anspruch zu nehmen. „Junge Menschen sollen eine Chance auf Ausbildung bekommen statt mit seichten Berufsvorbereitungsprogrammen vertröstet zu werden!“, so die stellvertretende Landesvorsitzende entschieden. MdL Christa Steiger, sozialpolitische

Expertin der SPD-Landtagsfraktion, hat vor ihrer Tätigkeit als Landtagsabgeordnete selbst an einer landwirtschaftlichen Berufsschule in Kronach unterrichtet. Sie fordert, an den Schulen die Ausbildungsplätze anzubieten. Als Vorbild könne der erfolgreiche Werkstattunterricht in Nordrhein-Westfalen dienen. BV-Mitglied Horst Rubel erörterte vor den Anwesenden das Problem der BFZ-Maßnahmen. Die Tatsache, dass ein Jugendlicher im Monat ca. 250 Euro erhält, führt dazu, dass er lieber an einer derartigen BFZ-Maßnahme teilnimmt, weshalb die Schülerzahlen in den Berufsgrundschulklassen deutlich zurückgegangen sind. MdL Susann Biedefeld, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, betont in diesem Zusammenhang, dass in Bayern leider keine Statistik darüber existiert, wie viele an Berufsvorbereitungsprogrammen teilgenommen habende Jugendliche tatsächlich in ein

Für den Einzelhandel in Bayern: Speth (Hrsg.): Berufliches Handeln im Einzelhandel



- | | | | |
|---|---|---|---|
| <p>Speth Hartmann Härter Waltermann</p> <p>Einzelhandelsprozesse</p> <p>Jahrgangsstufen 10 11
LF 1, 5, 6, 7, 9 und 12</p> <p>1. Auflage 2006
397 Seiten 23,40 EUR
ISBN 3-8120-0566-2</p> <p>Lösungen
10,00 EUR ■
ISBN 3-8120-3566-9</p> | <p>Waltermann Speth Sailer Hartmann Härter</p> <p>Kaufm. Steuerung und Kontrolle</p> <p>Jahrgangsstufen 10 11
LF 3 und 8</p> <p>1. Auflage 2006
252 Seiten 14,00 EUR
ISBN 3-8120-0567-0</p> <p>Lösungen mit Daten-CD
14,00 EUR ■
ISBN 3-8120-3567-7</p> | <p>Speth Rosenthal Hartmann Härter</p> <p>Kundenorientiertes Verkaufen</p> <p>Jahrgangsstufen 10 11
LF 2, 4 und 10</p> <p>2. Auflage 2007
198 Seiten 12,20 EUR
ISBN 3-8120-0568-9</p> <p>Lösungen
6,00 EUR ■
ISBN 3-8120-3568-5</p> | <p>Speth Hartmann Härter Waltermann Sailer</p> <p>Einzelhandelsprozesse Kaufm. Steuerung und Kontrolle</p> <p>Jahrgangsstufe 12
LF 11, 13 und 14</p> <p>1. Auflage 2006
336 Seiten 18,40 EUR
ISBN 3-8120-0569-7</p> <p>Lösungen mit Daten-CD
18,00 EUR ■
ISBN 3-8120-3569-3</p> |
|---|---|---|---|

31735 Rinteln
Fon: 05751 9503-23 Fax: 05751 9503-44
Net: www.merkur-verlag.de

Merkur 
Verlag Rinteln

2007-029



Diskutierten aktuelle schulpolitische Themen, von links: Pankratz Männlein, MdL Susann Biedefeld, MdL Christa Steiger, Dr. Angelika Rehm.

Ausbildungsverhältnis gebracht werden konnten. Dies habe auch schon der Oberste Rechnungshof moniert.

In diesem Zusammenhang sprach Horst Rubel das Arbeits- und Sozialverhalten in Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag an. Er forderte die politischen Entscheidungsträger auf, einen kompletten Block lang eine solche Klasse zu beobachten. Oftmals sei ein großer Teil der Jugendlichen sehr unmotiviert bis hin zu respektlos, habe sehr viele Fehlertage und sei nicht einmal bereit, die notwendigen Grundarbeitsmaterialien wie Stifte und Hefte bereitzuhalten. MdL Christa Steiger ist der Meinung, dass sich die Arbeitshaltung und gewaltbereite Einstellung der Schüler deshalb immer mehr verändert habe, weil in den letzten 20 Jahren eine konsequente Schulsozialarbeit in Bayern vernachlässigt worden ist. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf die Pilgerstätte Finnland, wo z. B. die Integration im Vorschulbereich und die Ganztagschule schon seit langem erfolgreich praktiziert werde. Angelika Rehm führte hierzu aus, dass die Gesellschaft den Jugendlichen eine Perspektive bieten müsse. Sie ist der Meinung, dass sich Jugendliche grundsätzlich nicht vor der Arbeit drücken wollen. „Aber wenn die Wirtschaft nicht ausbildet, müssen eben von staatlicher Seite entsprechende Angebote als Kompensation zur Verfügung gestellt werden!“

Ein weiterer Themenschwerpunkt waren aktuelle Entwicklungen im Dualen System. Im Hinblick auf das Prüfungswesen hat sich gezeigt, dass die multiple choice-Aufgaben in der Abschlussprüfung mehr und mehr durch anspruchsvollere konventionelle Aufgaben ersetzt werden. So wäre es wün-

schenswert, den Theorieteil der Prüfung nicht wie bisher in einer schriftlichen Kammerprüfung abzulegen, sondern eine bayernweite Abschlussprüfung an den Berufsschulen abzuhalten, die gleichzeitig dann ja auch die Schulabschlussprüfung wäre. In den Betrieben würde dann der praktische Prüfungsteil geprüft werden. Die Anwesenden unterstützten diesen Vorschlag, der VLB-Kreisvorsitzende Bamberg-Forchheim, Pankratz Männlein, schlug vor, den Teil der theoretischen Prüfung nach Art des in Universitäten mittlerweile üblichen credit point-Systems zu organisieren, um von der Abprüfung der punktuellen Tagesverfassung bei der derzeitigen schriftlichen Abschlussprüfung hin zu einer Gesamtbetrachtung des Auszubildenden über den kompletten Ausbildungszeitraum zu gelangen. Weitere Themen in diesem Zusammenhang waren die Abkehr von der weiteren Ausdifferenzierung der Ausbildungsberufe und die Überlegung zu einer gemeinsamen Beschulung verwandter Berufe im ersten Ausbildungsjahr, so wie es bereits beim Luft- und Seeverkehrskaufmann geplant ist.

Angelika Rehm bat abschließend die beiden Landtagsabgeordneten, sich für eine Stärkung und stärkere Bewerbung der Studienrichtung Lehramt für berufliche Schulen in Bayreuth einzusetzen, da derzeit gerade im Metallbereich der potentielle Lehrerberuf nicht in ausreichendem Maße nachwächst. Denn dieser geht lieber in die freie Wirtschaft anstatt ein Studium für ein Lehramt aufzunehmen. Die Teilnehmer beschloßen, den äußerst fruchtbaren Gedankenaustausch in einer weiteren Gesprächsrunde fortsetzen zu wollen.

Bernd Krügel

BV Oberpfalz

Jahreshauptversammlung mit hohem Informationsgehalt

Exakt zum Sommeranfang fand die Jahreshauptversammlung des Bezirksverbandes Oberpfalz im mittlerweile schon zum Stammlokal des oberpfälzer VLB gewordenen Waldhotel Schwefelquelle in Schwandorf statt.

Nach dem kurzen Kassenbericht und Kassenprüfungsbericht berichtete VLB-Vorstandsmitglied Michael Birner über die Neuigkeiten aus der Verbandsarbeit, die Erfolge des Verbandes und die aktuellen Aktivitäten des geschäftsführenden Vorstandes.

Das nachfolgende Hauptreferat war ganz dem Thema Dienstrecht ge-



Referent Franz Englbrecht, Regierung der Oberpfalz, und die Bezirksvorsitzende Sophia Altenthan.

widmet. Franz Englbrecht von der Regierung der Oberpfalz, Sachgebiet 43 (Schulpersonal, Schulorganisation, Schulrecht) informierte die VLB'ler über Themen wie Disziplinarrecht, Arbeitszeitkonto, nebenberuflicher Unterricht, Versetzung, Abordnung, Beförderung, Beurteilung, Teilzeit, Elternzeit, Beurlaubung, Altersteilzeit, Ruhestand, Versorgungsabschlüsse und begrenzte Dienstfähigkeit. Englbrecht verstand es, mit vielen Beispielen und in seiner klaren, verständlichen und recht humorvollen Vortragsweise die Mitglieder trotz der Fülle der Themen gut und kurzweilig zu informieren, und stand anschließend den Anwesenden noch für Einzelgespräche zur Verfügung – auch für

knifflige Fragen im sog. „Beichtstuhlgespräch“.

Das Feedback auf die umfassenden Informationen war sehr positiv und zeigt das hohe Interesse gerade auch an dienstrechtlichen Informationen. Wir sehen darin den Auftrag, unseren Mitgliedern auch künftig derartige Informationen anzubieten.

Sophia Altenthan

BV Unterfranken

Terminankündigung: Fritzlär ist eine Reise wert,

zu diesem Entschluss kam der Bezirksvorstand Unterfranken und beschloß, dass die traditionelle Adventsfahrt des Bezirks und seiner 3 Kreise Würzburg, Main-Rhön und Untermain in die alte Dom- und Kaiserstadt Fritzlär in Nordhessen führen soll.

Termin: Samstag, 8. Dezember 2007

Folgende Programmpunkte sind geplant:

- zweistündige Stadtführung mit Besuch des Doms St. Peter (päpstliche Basilika)
- Mittagessen
- Führung unter Leitung des Kollegen Gottfried Berger durch eine der Sehenswürdigkeiten Fritzlär. Lassen Sie sich überraschen, ob es sich um St. Brigida, St. Katharinen, Fraumünster, die Hl. Geist Kapelle oder eventuell sogar um eine ganz andere Sehenswürdigkeit handelt.
- Besuch des Weihnachtsmarktes

Weitere Einzelheiten, wie Abfahrt, Rückkehr, Kosten, Anmeldung etc. entnehmen Sie bitte der bald folgenden Ausschreibung, die Sie über Ihren Kreisverband erhalten.

Den Teilnehmern wünsche ich einen spannenden, erholsamen und informativen Adventssamstag.

Melden Sie sich bitte rechtzeitig an: z.B. unter: w.gruensfelder@gmx.de

Wolfgang Gründfelder

Senioren

Ein einführender Beitrag zu einem – vor allem für die zukünftigen Pensionisten entscheidend wichtigen – Gesetzesvorhaben:

Entwicklungen und Perspektiven des Versorgungsrechts in Bayern

Die Föderalismusreform erfasst immer weitere Bereiche. Nun erreicht sie das Beamtenversorgungsrecht. Bayern wird seine neue Gesetzgebungsbefugnis auch in Sachen Versorgungsrecht voll wahrnehmen und mit einem eigenen Gesetz das seit 1976 geltende Beamtenversorgungsgesetz ablösen. Angepeilter Zeitpunkt: nächste Legislaturperiode. Die Vorbereitungen haben bereits begonnen. Am 27. Juni 2007 fand auf Einladung des bayerischen Finanzministeriums eine erste Expertenanhörung (Fachhearing) statt, an der auch der Verfasser teilgenommen hat. Einschlägige Themenblöcke (s. u.) wurden von hohen Beamten aus Land und auch Bund kurz dargestellt, wozu die die Beamten vertretenden Verbände – Bayerischer Beamtenbund, DGB-Gewerkschaften – und neben dem Land Beamte beschäftigende Institutionen (kommunaler Spitzenverband) – Stellung nehmen bzw. ihre Vorstellungen ausbreiten konnten. Entscheidungen wurden naturgemäß nicht gefällt, sondern Stoffe wurden gesammelt – unterschiedliche Sichtweisen dargestellt.

Insgesamt überraschte den Berichterstatter die engagierte, durchgängig polemikfreie Atmosphäre, die keinen Raum für Beamten- und die besonders beliebte Lehrerschelte einerseits und Staatsverdrossenheit andererseits ließ. Wohltuend auch: die oft üblichen Differenzen zwischen konkurrierenden Verbänden waren kein Thema. BBB und BGB vertraten sehr ähnliche Standpunkte.

Behandelte Themenblöcke Versorgungsniveau

Der Ministerialvertreter stellte die jetzige Lage dar. Sie ist wesentlich ge-

prägt durch die Verwirklichung des Grundsatzes: wirkungsgleiche Übernahme von Kürzungen im Rentenrecht auf das Pensionsrecht.

Rolf Habermann umriss die grundsätzliche Haltung des Beamtenbundes: Grundlage der Reform müsste die Beachtung der bewährten Grundsätze des hergebrachten Beamtenversorgungsrechts bilden. Eine Akzeptanz der geplanten Reform setze voraus, dass die durch haushälterische Zwänge und zum Teil sachfremde Bestrebungen, einen unkritischen Gleichklang zu den Entwicklungen der gesetzlichen Rentenversicherung herzustellen verursachten Fehlentwicklungen auf den Prüfstand kommen. Er erinnerte an folgende schwerwiegende Eingriffe:

- Das Versorgungsreformgesetz von 1992 (Linearisierung der Versorgungsskalen)
- Das Dienstrechtsreformgesetz von 1997 (Einführung des Versorgungsabschlages – u. a. eine bayerische Landesinitiative!)
- Das Versorgungsreformgesetz von 1998 (Einführung eines Eigenbeitrags für eine Versorgungsrücklage – weitgehende Abschaffung der Ruhegehaltsfähigkeit von Gehaltsbestandteilen)
- Das Versorgungsänderungsgesetz von 2001 (weitere schrittweise Absenkung des Versorgungsniveaus – Eingriff in bestehende Versorgungsrechte = Verletzung eines verbrieften Vertrauensschutzes)

Spezifisch zum Versorgungsniveau verlangte er u. a.:

- Die Versorgung muss amtsbezogen sein. Maßstab ist grundsätzlich das zuletzt erreichte Amt
- Besoldungs- und Versorgungsniveau müssen kongruent sein. Das gilt auch für den Anpassungsanspruch und besoldungsgleiche Leistungen wie z. B. die Weihnachtszuwendung
- Die Niveauabsenkung durch das Gesetz 2001 ist zu revidieren
- Die Nachzeichnung von Entwick-

lungen des Rentenrechts (Nachhaltigkeit) muss die Systemunterschiede berücksichtigen

Berechnungselemente des Ruhegehaltes

Hier bot der vortragende Experte einen Auszug aus der vielfältigen Palette der Elemente:

- Ruhegehaltstfähige Dienstbezüge – Problem u. a. Berücksichtigung von Leistungsvariablen
- Ruhegehaltstfähige Dienstzeit – Problem u. a. Anrechnung von Dienstzeiten bei anderen Dienstherren; Vordienstzeiten, insbesondere Ausbildungs-/Studienzeiten
- Zuschläge zum Ruhegehalt – Problem u. a. Kindererziehungs- und Pflegezeiten
- Versorgungsabschlüsse – Problem u. a. Folgewirkungen aus der Anhebung der Altersgrenze

Dazu BBB-Chef Rolf Habermann:

- Vor- und Ausbildung/Studienzeiten sind mindestens im bisherigen Umfang anzurechnen
- Alle Gehaltsbestandteile (auch Leistungselemente) müssen ruhegehaltstfähig sein oder zumindest noch einer angemessenen Bezugsdauer ruhegehaltstfähig werden
- Versorgungsabschlüsse sind dem System der Berechnung des Ruhegehalts nach Dienst- und Zurechnungszeiten wesensfremd und deshalb wieder abzubauen ...
- Benachteiligungen im Bereich des Witwengeldes sind abzubauen ...
- Kindererziehungszeiten müssen im Versorgungsrecht ihren Niederschlag finden. Gleiches gilt für die Pflege naher Angehöriger.

Trennung der Systeme

Hinter diesem noch wenig bekannten Begriff verbirgt sich der Komplex der Regelungen beim Wechsel des Dienstherren (Staat – Land – Kommune), aber auch der Übergang aus der Wirtschaft zu einem öffentlichen Dienstherren und umgekehrt – und zwar nach dem Prinzip Trennung der Systeme (s. u.).

Hier stellte ein Experte des Bundes (Bundesinnenministerium) die derzeitige, unbefriedigende Situation dar;

z. B. beim Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis auf Antrag zur Ausübung von Tätigkeiten mit Absicherung in anderen Alterssicherungssystemen (Rente, berufsständische Versorgung, Ausland etc.)

Folgen:

- Anwartschaft auf Beamtenversorgung erlischt
- Nachversicherung für die Beamtenzeit (i. d. R. in der gesetzlichen Rentenversicherung oder einer berufsständischen Versorgungseinrichtung; nicht in der Zusatzversorgung)

Das Reformmodell „Trennung der Systeme“ sieht vor:

- Konzentration der Beamtenversorgung im Wesentlichen auf die im Beamtenverhältnis verbrachten Dienstzeiten
- Vordienstzeiten werden nicht mehr berücksichtigt, sie sind aus den Alterssicherungssystemen der Vordienstzeiten zu bedienen
- Leistungen aus anderen Alterssicherungssystemen werden nicht (mehr) auf die Versorgung angerechnet.
- Im Falle des Ausscheidens aus dem Beamtenverhältnis bleiben Anwartschaften bestehen (sog. Mitnahmefähigkeit)
- eigenständiger Anspruch (i. d. R. mit Erreichen der Altersgrenze)
- keine Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung

Auftauchende Hauptfragen:

- Möglichkeiten der/einer Absicherung bei Nichterfüllung von Wartezeiten?
- Bedarf es eines Schutzes der Interessen des Dienstherrn vor Abwanderung besonders qualifizierter Beamten?
- Sollte an der Höchstaltersgrenze für die Übernahme in ein Lebenszeitbeamtenverhältnis festgehalten werden?

Die Meinung des BBB: Probleme sind noch nicht ausdiskutiert; ebenso äußert sich der DGB; der Kommunal Spitzenverband möchte die Reform verwirklichen.

Anhebung der Altersgrenze

Von ministerieller Seite wurden mögliche dienstrechtliche Reformschritte und mögliche Folgewirkungen vorgestellt.

Mögliche dienstrechtliche Reformschritte:

1. Anhebung der (Regel-)Altersgrenze (Wird Erfordernis zum Gleichklang mit Rente gesehen?)
2. Beibehaltung des 64. Lebensjahres als Antragsaltersgrenze?
3. Anhebung der besonderen Altersgrenze (Frage der parallelen Anhebung der Altersgrenze für Vollzugsdienst und Feuerwehr)
4. Alternativlösungen (Welche flexiblen Lösungen zum Ruhestandsbeginn werden gesehen?)

Mögliche Folgewirkungen aus einer Anhebung der Altersgrenzen:

1. Ausgestaltung der Versorgungsabschlüsse
2. Beibehaltung des 64. Lebensjahres als Antragsaltersgrenze? (→ Abschlag bis 10,8 v. H.)
3. Ausnahmeregelung für Beamte mit besonders langer Dienstzeit? (Übertragung der Abschlagsfreiheit aus dem Rentenrecht)
4. Abschläge für besondere Altersgrenze (Einführung einer Antragsaltersgrenze)

Der Beamtenbund, so Rolf Habermann, verschließt sich nicht demographischen Gegebenheiten, wendet sich aber gegen eine verordnete Erhöhung der Altersgrenze. Er strebt eine flexible Lösung auf freiwilliger Basis an. 67 Jahre ja, freiwillig, wenn z. B. die Höchstversorgung noch nicht erreicht ist. Für die Öffnung nach oben muss es aber auch eine Öffnung nach unten geben. Warum nicht freiwilliges Ende mit 60 oder 58 oder 62. Natürlich unter Inkaufnahme (tragbarer) Abschläge!

Man darf gespannt sein, inwieweit die erfreulich begonnene Einbindung der Betroffenen wirkt und fortgesetzt wird. Nur ein von beiden Seiten getragenes Projekt kann gelingen!

Berthold Schuller

Quellen: Statements des Finanzministeriums und des Beamtenbundes und eigene Aufzeichnungen aus der Veranstaltung

Treffen der oberfränkischen Senioren

Das diesjährige Treffen fand erstmals im Rahmen einer Mitgliederversammlung gemeinsam mit den aktiven Kollegen in Bamberg statt. Anlass für die Wahl des Tagungsortes war die Möglichkeit, gemeinsam die Jubiläumsausstellung „Unterm Sternenmantel – 1000 Jahre Bistum Bamberg“ zu besuchen.

Die Ausstellung erstreckt sich auf das Diözesanmuseum, das Historische Museum und die Staatsbibliothek Bamberg.

Der berühmte Sternenmantel, den Kaiser Heinrich dem Bistum bei der Gründung schenkte, bildet auch das Motto des Jubiläumsjahres. In der Ausstellung ist die wechselvolle Geschichte des Bistums anhand attraktiver Exponate in zwölf Stationen dargestellt. Der Bogen wird gespannt von den Umständen der Bistumsgründung, der Rolle Bambergs im mittelalterlichen Reich, über die Stürme der Reformation, die Hexen- und Judenverfolgung, die barocke Frömmigkeit und die Aufklärung bis zu den Problemen der Kirche in der Nazizeit und zur Gegenwart

Im Rahmen der sehr guten und informativen Führungen in drei Gruppen war es nur möglich, das Diözesanmuseum zu besuchen. Die Teilnehmer haben noch die Möglichkeit, die beiden anderen Ausstellungsorte aufzusuchen, denn die Eintrittskarten gelten noch bis zum 4. November.

Besonders hervorgehoben wurden die Leihgaben, die nur während des

Jubiläums zu sehen sind, wie die Frauenkrone der „Kasten der Kunigunde“ oder das Relief „Thronender Christus mit Petrus und Paulus“, aus Elfenbein 11. Jahrhundert.

Nach der Ausstellung konnten die Teilnehmer das samstägliche Orgelkonzert im Dom genießen. In der halben Stunde hörten sie Werke von Carl Philipp Emanuel Bach, Jehan Alain und Johann Sebastian Bach, gespielt von Andreas Schmidt, einem Meisterschüler des Bamberger Domorganisten Markus Willinger.

Nach dem gemeinsamen Mittagessen im Hotel Brudermühle trennten sich die Gruppen, die Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm widmete sich den aktiven Kolleginnen und Kollegen.

Der Seniorenvertreter für Oberfranken, Berthold Schramm, begrüßte die Teilnehmer nochmals, vor allem unseren Seniorenvertreter Berthold Schuller und den ältesten Kollegen aus dem Bezirksverband, Otmar Pregler, der es sich mit 94 Jahren und trotz seiner starken Sehbehinderung, nicht nehmen ließ, im Kreise der Kollegen dabei zu sein. Schramm schilderte kurz die Situation in Oberfranken. Von den Mitgliedern in den vier Kreisverbänden sind 25 % Ruheständler, davon sind 26 bereits seit über 50 Jahren dem Verband treu und 12 Kollegen blicken bereits auf 55 Mitgliedsjahre zurück.

Schuller informierte dann über die Entwicklungen auf dem Gebiet der Versorgung. Die Einmalzahlungen sind im Herbst erfolgt, die Pensionisten im Bund und in den meisten Län-

dern haben diese allerdings nicht erhalten. Bayern hat bezahlt. Das Weihnachtsgeld ist in Bayern bis 2009 gesichert und es gibt sogar die Zusage, dass diese Beträge auch in das Ruhegehalt eingearbeitet werden. Die geforderte lineare Erhöhung der Bezüge um 3 % scheint in Bayern auch für die Pensionisten gesichert.

Breiten Raum nahmen die neuen Beihilfevorschriften ein. Schuller und Schramm legten nochmals die wichtigsten Änderungen dar, wie sie auch im Heft 03-04 VLB-akzente nachzulesen sind. Besonders betonten sie die entgegenkommende Art der Bearbeitung und die Auskunftsbereitschaft der Beihilfestellen.

Mit dem Dank an den Kollegen Schuller und den Wünschen für eine gute Heimreise schloss die Veranstaltung.

Berthold Schramm

Personalien

Wir gratulieren im Oktober ...

... zum 97. Geburtstag

Beck, Paul, 09.10.
86368 Gersthofen, KV Augsburg

... zum 95. Geburtstag

Steindl, Alois, 25.10.
90411 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 94. Geburtstag

Sauerer, Karl, 15.10.
93049 Regensburg, KV Regensburg

... zum 87. Geburtstag

Steininger, Hugo, 10.10.
92648 Vohenstrauß, KV Opf.-Nord

... zum 86. Geburtstag

Hadwiger, Helmut, 07.10.
83278 Traunstein, KV Traunstein-BGL
Hommert, Rudolf, 10.10.
96450 Coburg, KV Ofr. Nordwest
Schaidt, Gisela, 12.10.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu
Czernich, Helmut, 23.10.
92665 Altenstadt/WN, KV Opf.-Nord



Die oberfränkischen Pensionisten bei ihrem Jahrestreffen.

... zum 85. Geburtstag

Rösch, Rudolf, 02.10.
93186 Pettendorf, KV Regensburg
Schmid, Lorenz, 16.10.
82319 Starnberg, BV München
Weis, Johann, 21.10.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord

... zum 84. Geburtstag

Deschler, Leo, 13.10.
87439 Kempten, KV Allgäu
Grässl, Franz, 14.10.
93053 Regensburg, KV Regensburg

... zum 83. Geburtstag

Geiersberger, Hubert, 24.10.
81929 München, BV München
Donhauser, Marianne, 29.10.
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach

... zum 82. Geburtstag

Franz, Hans, 16.10.
94315 Straubing, KV Donau-Wald

... zum 81. Geburtstag

Kastner, Anny, 11.10.
90471 Nürnberg, KV Nürnberg

Hamela, Elfriede, 23.10.
85072 Eichstätt,
KV Oberbayern-Nordwest
Grässl, Margarete, 27.10.
93053 Regensburg, KV Regensburg

... zum 80. Geburtstag

Becker, Herbert, 18.10.
82467 Garmisch-Partenkirchen,
KV Obb.-Südwest
Förster, Helfried, 24.10.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest
Fröhlich, Ivo, 01.10.
91224 Hohenstadt, KV Mfr.-Nord
Jobst, Helmut, 12.10.
93049 Regensburg, KV Regensburg

... zum 75. Geburtstag

Klöpf, Gottlieb, 13.10.
87509 Immenstadt, KV Allgäu
Kreiller, Josef, 09.10
94439 Roßbach, KV Ndb.-Ost

... zum 70. Geburtstag

Grادل, Georg, 18.10.
96047 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim
Haider, Franziska, 23.10.
93453 Neukirchen, KV Cham
Karsten, Erhard, 23.10.
92318 Neumarkt, KV Neumarkt
Kühn, Gerhard, 24.10.
93444 Kötzing, KV Cham
Mignon, Reinhilde, 16.10.
92237 Sulzbach-Rosenberg,
KV Amberg-Sulzbach
Vogel, Roland, 14.10.
97505 Geldersheim, KV Main-Rhön

... zum 65. Geburtstag

Brunner Renate, 19.10.
86356 Neusäß, KV Nordschwaben
Fasbender, Anneliese, 27.10.
85368 Moosburg, KV Obb.-Nordwest
Krebs, Manfred, 25.10.
82288 Kottgeisering, BV München
Lang, Herbert R., 25.10.
91088 Bubenreuth, KV Mfr.-Nord
Messelhäuber, Gerd, 14.10.
90409 Nürnberg, KV Mfr.-Nord
Naubert, Peter, 21.10.
87474 Buchenberg, KV Mfr.-Nord
Sachs, Anneliese, 21.10.
82362 Weilheim, KV Obb.-Südost
Schmidt, Bernhard, 20.10.
97525 Schwebheim, KV Main-Rhön
Siebert, Helmut, 26.10.
94032 Passau, KV Ndb.-Ost

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Kompetenz und Erfahrung
**Versicherungs
Kontor**

Inh.: Elke Wiedmann
Kister Straße 34
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419
E-Mail: pewiede@arcor.de

z.B. Ergänzende Altersversorgung!

Riestern Sie schon?

Oder schenken Sie dem Staat immer noch Geld!

- Sichern Sie sich die Zulagen noch für das Jahr 2007
- Ab 2008 erhöhen sich nochmals die Zulagen
- Profitieren Sie vom "Sonderausgabenabzug"



Der **Bezirk Mittelfranken** hat zum 1.8.2008 folgende Stelle neu zu besetzen:

Schulleiterin/Schulleiter der Maschinenbauschule Ansbach

Der Bezirk Mittelfranken ist Schulträger der Maschinenbauschule Ansbach, einer Bildungseinrichtung, die aus drei berufsbildenden Schulen besteht:

- einer Berufsfachschule für Maschinenbau (für die berufliche Erstausbildung)
- einer Fachschule für Maschinenbautechnik (für die Weiterbildung zum Maschinenbautechniker) und
- einer Fachakademie für Medizintechnik, die zum Medizintechniker weiterbildet

Die Schule hat knapp 300 Schüler, 30 Lehrer (im Hauptberuf) und zehn nebenberufliche Lehrkräfte. Einen ersten Eindruck von unserer Schule können Sie unter www.maschinenbauschule.de gewinnen.

Gesucht wird ein/e Bewerber/in, die/der das höhere Lehramt für berufsbildende Schulen, Fachrichtung Maschinenbau, Metall und/oder Elektrotechnik, besitzt. In ihren/seinen dienstlichen Beurteilungen sollten Führungsqualitäten, pädagogisches Geschick, hohe Sozialkompetenz, Verhaltenssouveränität, Persönlichkeitsausstrahlung und Verwaltungserfahrung bestätigt sein.

Die Schule erhält am bisherigen Standort einen Neubau und ist vorübergehend in den Schuljahren 2007/2008 und 2008/2009 auf einem Fabrikgelände ausgelagert. Die/Der neue Schulleiter/in hat dabei eine wichtige Beratungs- und Organisationsfunktion.

Die Stelle ist mit BesGr. A 15 + Z ausgewiesen.

Nähere Auskünfte sind beim Leiter des Bildungs-, Umwelt- und IT-Referats des Bezirkes Mittelfranken, Herrn Ltd. Verwaltungsdirektor Bergauer, unter Tel. 0981 4664-4000 möglich.

Der Bezirk Mittelfranken fördert die berufliche Gleichstellung der Frauen und begrüßt es, wenn sich Frauen bewerben.

Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei ansonsten im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt.

Ihre aussagekräftige Bewerbung richten Sie bitte bis **spätestens 30.9.2007** an:

**Bezirk Mittelfranken
Organisations- und Personalreferat
Danziger Str. 5
91522 Ansbach**



Die Sprechstimme des Lehrers

sollte wohltonend, ermüdungsfrei und kraftvoll sein. Kurzweilige SCHILF-Seminare durch erfahrenen Stimmbildner (StD), auch Einzelberatung.
Tel. 09122/78749, Fax 09122/78848

Werner, Gerhard, 12.10.

97851 Rothenfels, KV Würzburg
Wimmer, Nikolaus, 21.10.
83674 Gaißach, KV Obb.-Südwest
Zänglein, Rainer, 16.10.
97222 Rimpar-Maidbrunn, KV Würzburg

In den Ruhestand sind gegangen ...

Bayerl, Harald, KV Main-Rhön
Brunner, Renate, KV Nordschwaben
Korba, Hans, KV Neumarkt
Dr. Langer, Peter, KV Traunstein-BGL
Sachs, Anneliese,
KV Oberbayern-Südwest
Siebert, Helmut, KV Niederbayern-Ost
Wimmer, Herbert, KV Mittelfranken-Süd

Wir trauern um ...

Haider, Johann, KV Landshut (71)
Kanzler, Peter, BV München (68)

Autorenverzeichnis

Birner, Michael
stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
Zum Weinberg 23, 92272 Freudenberg-Aschach, Tel.: (09621) 49980

Dietlmeier, Sabine
BS, Am Messehaus 14, 90489 Nürnberg,
Tel.: (0911) 5109039

Dr. Franz, Wilfried
Wilhelmshavener Str. 99,
90425 Nürnberg, Tel.: (0911) 342414

Lambli, Wolfgang
stellvertr. VLB-Landesvorsitzender und
Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: (09363) 5278

Lehnfeld, Peter
BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,
Tel.: (0961) 206-0

Liebel, Alexander
stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
BS, Schönweißstr. 7, 90461 Nürnberg,
Tel.: (0911) 231-3948

Schaar, Sebastian
BS, Goethestr. 6, 91443 Scheinfeld,
Tel.: (09162) 556

Schulter, Berthold
VLB-Seniorenbeauftragter
Weitlstr. 66, 80935 München,
Tel.: (089) 38584084

Thiel, Peter
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn,
Tel.: (0931) 707691



ARBEITSGEMEINSCHAFT BAYERISCHER LEHRERVERBÄNDE

Gemeinsame Presseerklärung der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl)

Bayerische Lehrkräfte gegen Abkehr vom Leistungsprinzip an Bayerns Schulen - klares Bekenntnis zu Noten und ggf. zum Wiederholen

Schreckensmeldungen und Panikmache völlig unangebracht

„Mehr als 1 350 000 Schülerinnen und Schüler haben das Schuljahr 2006/07 sehr erfolgreich bewältigt und dabei zum Teil Spitzenergebnisse erzielt.“ Mit dieser Feststellung reagierte der Vorsitzende des Bayerischen Realschullehrerverbandes (brlv), Anton Huber, auf die Schreckensmeldungen und die Panikmache zum Schulabschluss. „Unsere Kinder und Jugendlichen an den bayerischen Schulen sind sehr erfolgreich. Wir sollten den Erfolg der künftigen Leistungsträger unserer Gesellschaft würdigen und nicht ständig unsere Schüler, Lehrkräfte und Eltern schlecht reden, weil Kinder den Anforderungen vorübergehend nicht haben entsprechen können“, so Huber.

Die Vorsitzenden der Lehrerverbände in der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl) sprechen von einem unverantwortlichen Schüren von Ängsten. Sie fordern die Verantwortlichen dazu auf, diese Emotionalisierung der Bevölkerung mit falschen Zahlen und mit Katastrophenmeldungen zu unterlassen. Dies insbesondere auch deshalb, weil damit die Meinung der weitaus größten Zahl der Lehrkräfte und der Eltern nicht repräsentiert wird.

Wenn sich Funktionäre eines der fünf Lehrerverbände in Bayern vom Leistungsprinzip an den Schulen verabschieden, dann fragen wir uns, für wie viele diese in ihrem Verband organisierten Lehrkräfte noch sprechen. Die Lehrkräfte an Realschulen, an Gymnasien, an den Berufsschulen und die große Mehrheit der Lehrkräfte an Grund- und Hauptschulen vertreten eine völlig andere Position. Sie halten an der bewährten Leistungsorientierung mit einem pädagogischen Leistungsbegriff fest, der angemessene Anforderungen und den Erfolg junger Menschen in den Mittelpunkt rückt. Das Verständnis von Leistung hat Bayern zum Bildungsspitzenland gemacht hat.

Selbstverständlich muss im Einzelfall genau geprüft werden, welche Ursache das Scheitern eines jungen Menschen an einer Schule hat. Sehr schnell wird dabei deutlich, dass es in der Regel nicht schulische, sondern gesellschaftliche Ursachen hat. So gesehen ist sowohl die gebetsmühlenartig wiederholte Analyse falsch und auch die Handlungsempfehlungen, z. B. Noten abzuschaffen, taugen nicht für eine Problemlösung. Wir erleben lediglich einen weiteren Versuch, das gegliederte Schulwesen in Bayern in Misskredit zu bringen.

Der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes Max Schmidt ergänzte: „Alle Umfragen belegen eindeutig: Die ganz große Mehrheit der Bevölkerung wie auch von Schülern und Lehrern befürwortet grundsätzlich das Sitzenbleiben. Wer das Sitzenbleiben und Noten abschaffen will, will letztlich die Gesamtschule in Bayern.“

Der Vorschlag, dass ohne Noten keine Schüler durchfallen würden, ist zwar folgerichtig, aber leider nur „Vogelstraußpolitik“. Schüler haben schließlich deshalb das Klassenziel nicht erreicht, weil sie sich nicht auf die schulischen Anforderungen konzentriert haben. Defizite sind entstanden, die ausgeglichen werden müssen, um im kommenden Jahr erfolgreich weiter zu arbeiten. Für das Ausgleichen der Defizite gibt es unterschiedliche Maßnahmen, die Vorbereitung auf die Nachprüfung in einzelnen Fächern oder das Vorrücken auf Probe. Dabei sollen die Schüler nachweisen, dass sie einzelne Lücken wieder geschlossen haben. Ist das nicht der Fall, bleibt nur das Wiederholen, um erfolgreich Anschluss zu finden.

Diese Chance nutzen in Bayern viele Schüler, sodass die Wiederholerquote in den zurückliegenden Jahren deutlich gesenkt werden konnte.

Die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl) setzt sich deshalb für Erziehungs- und Unterrichtsbedingungen ein, in denen Kinder und Jugendliche nicht zu Spielbällen für Experimente und Ideologien gemacht werden, sondern ihre eigene Persönlichkeit in körperlicher, geistiger und seelischer Hinsicht voll entfalten können.